

(Geo)Graphien transnationaler *mega-minería*: Alte Strategien der Herrschaft

Mirta Antonelli

Privados de la posibilidad técnica de fabricar imágenes, obligados a la estética de un arte sin imagen, sometidos a la obligación teórica de descalificar las imágenes, asignados a no leer imágenes sino como un lenguaje, nosotros podríamos ser entregados, atados de pies y manos, a la fuerza a otras imágenes – políticas, comerciales – sobre las cuales no tenemos poder. Michel Foucault

Der technischen Möglichkeit beraubt, Bilder anzufertigen; zur Ästhetik einer bildlosen Kunst gezwungen; der theoretischen Verpflichtung unterworfen, die Bilder zu disqualifizieren; angewiesen, die Bilder nur als eine Sprache zu lesen, so kam es, dass wir, an Händen und Füßen gefesselt, die Kraft anderer – politischer, kommerzieller – Bilder ausgeliefert wurden, über die wir keine Macht haben.¹

Der Kapitalismus kommt zuerst mit Worten, Zeichen und Bildern.

Lazzarato, 2006 (Übersetzung MB)

Die semiotische Macht des globalen Kapitals: Hegemoniale (Geo)Graphien

In Lateinamerika entwickelten sich in den letzten Jahren eine Vielzahl von asymmetrischen soziopolitischen Konflikten, welche mit der Ausweitung der sogenannten *mega-minería*² in Zusammenhang stehen. Bereits vor einiger Zeit hatten wir in unseren Nachforschungen die *Gründungsakten* eines globalen Diskurses in den Blick genommen, der einen positiven hegemonialen Konsens über die Wirtschaftsform des Extraktivismus³ herstellt und gleichzeitig die Verbindungen und Allianzen zwischen beteilig-

1 Michel Foucault, „Die photogene Malerei“, ders., Schriften in vier Bänden – Dits et Ecrits – Band II -1970-1975, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2002, S. 875.

2 Mit dem Begriff *mega-minería* wird der meist von transnationalen Unternehmen betriebene Bergbau in Großprojekten beschrieben.

3 Mit dem Begriff des Extraktivismus wird ein Wirtschaftsmodell beschrieben, dass sich auf die Ausbeutung (begrenzter) natürlicher Ressourcen für den Export konzentriert.

ten Staaten und Unternehmen der *mega-minería* unsichtbar macht.⁴ Unter Gründungsakten verstehen wir dabei etwa Berichte und Erzählungen über die *mega-minería*, Kodizes und Handbücher über „good practices“ im Bergbausektor sowie internationale Zeitschriften in diesem Feld, mit deren Hilfe die transnationale Agenda „Entwicklung durch Bergbau“ diskursiv vorangetrieben werden soll (Antonelli 2009). Durch diese Dokumente wurde der Diskurs über die *mega-minería* auf pragmatischer wie symbolischer Ebene kolonisiert und somit rechtlich-normativ, epistemisch und kulturell unter Kontrolle gebracht (Antonelli 2007).

Die Organisationen und Agenturen, die diese Dokumente herausgeben und in den Diskurs einbringen, sind globalen Institutionen zuzurechnen, die ihrerseits die großen metallurgischen Bergbauunternehmen repräsentieren und die weltweite Expansionspolitik dieses Sektors definieren und betreiben. Auf diese Weise konnten die transnationalen Unternehmen auf globaler Ebene als entscheidende Gesprächspartner für Politik und Gesellschaft installiert werden. Die institutionellen und informellen Netzwerke, mit denen die extraktivistischen Industrien verflochten sind,⁵ zielen dabei auf die Kontrolle und Domination der Imaginarien, Erzählungen, Rhetoriken und Semantiken von „Entwicklung.“ Hierbei spielen etwa Sichtbarkeits-Regime und akteursbezogene Wahrnehmungsmuster eine entscheidende Rolle. Sie sind somit im engeren Sinne Teil der auf verschiedenen Ebenen ablaufenden und durch viele Akteur/innen getragenen Produktions-, Zirkulations- und Machtentfaltungsprozesse hegemonialer Repräsentationen bezüglich der transnationalen *mega-minería*. Unter den Akteur/innenn finden sich nicht zuletzt neoliberale *think tanks* und deren lokale und globale Partner (Mato 2005; Mato/Alvear 2007).

Diese Art der diskursiven Rahmungen ist seit etwa einer Dekade im Umlauf, genauer gesagt seit 2002, als von den weltweit größten Goldför-

4 Die Nachforschungen fanden im Rahmen des Forschungsprojektes „Dispositivos Hegemónicos y construcción de (neo)mapas en la Argentina actual. Modelo minero y proyectos de sociedad“ statt, welches am Centro de Investigaciones der Facultad de Filosofía y Humanidades – CIFYH der Universidad Nacional de Córdoba angesiedelt ist und durch SeCyT gefördert wurde.

5 Es bleibt diesbezüglich hervorzuheben, dass die Programme, welche mit wissenschaftlicher Unterstützung durch Anthropolog/innen, Soziolog/innen sowie Repräsentant/innen und Investor/innen des Bergbausektors aufgelegt werden, seit 2008 auf systematische Weise verschiedene Instrumente zur Datengewinnung anwenden, um lokal Informationen über die Wahrnehmung und Bewertung des Bergbaus durch die betroffenen ländlichen Dorfgemeinschaften, städtischen Nachbarschaftsorganisationen und indigenen Gemeinschaften zu erheben.

derunternehmen sowie anderen Bergbauunternehmen der International Council on Mining and Metals (ICMM) ins Leben gerufen wurde. Zusammen mit Regierungen, Stiftungen und global agierenden Investment Fonds haben die transnationalen Unternehmen mit Hilfe des ICMM ein *Dispositiv der Invention*⁶ [Erfindung] mit großer Schlagkraft kreiert. Es ist das Dispositiv einer Globalen Ära der totalen Ausbeutung der Natur, einer semiotischen Maschinerie die mächtiger ist als die Staaten, die sie sich zu Eigen macht. Es ist das Dispositiv einer subjektivierenden Produktion von Bevölkerungen und sozialen Gruppen, die es auszubeuten gilt, deren Energien abgeschöpft und deren Wünsche, Körper und Wahrnehmungen modelliert werden sollen. Das natürliche und nicht erneuerbare Erbe des Raumes kann somit als „natürliche Ressource“ angeeignet werden und stellt daher den „natürlichen Vorteil“ einer jeweiligen Region dar.

Diese „Vorteile“ – auch *commodities* genannt – sind die beträchtlichen bekannten Mineralienvorkommen, die seit den 1990er Jahren eine nahezu risikolose Ausbeutung ermöglichen. Auch wenn diese Vorkommen der Öffentlichkeit derzeit als „neue Funde“ präsentiert werden, wurden sie größtenteils bereits bei Forschungen vor mehr als zwanzig Jahren entdeckt. Damit waren sie bereits zehn Jahre vor der beschriebenen semiotischen Invention⁷ bekannt. Auch die juristischen Werkzeuge, mit deren

6 Unter Dispositiv lässt sich mit Foucault ein Netz von Beziehungen zwischen heterogenen Instanzen und Elementen verstehen: Diskurse, Institutionen, Architekturstile, Regelungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Äußerungen, philosophische Positionen, Moralvorstellungen, Philanthropien, des Gesagten und des Nicht-Gesagten. Das Dispositiv etabliert die Art der Beziehung, die zwischen den verschiedenen Elementen besteht. Dies schließt unserer Meinung nach auch die Art und Weise ein, wie diese Beziehungen den Staat durchdringen. Die „Kolonisation“ der sozialen Repräsentation durch die transnationalen Unternehmen hat Prozesscharakter. Und dieser Prozess wird durch Geschwindigkeit, Fokussierung auf die wirkmächtigen Zentren sowie die Fähigkeit zur Saturation und Verschmelzung von auf den ersten Blick getrennten sozialen Diskursen charakterisiert, welche durch Institutionen und Akteur/innen aus verschiedenen Räumen, Sphären und Handlungsfeldern produziert werden (Foucault 1973).

7 Dies bestätigt der Fall des „Lithiums“, der in den Jahren 2010 und 2011 insbesondere in Bolivien und Argentinien auf der Agenda stand, da sich die größten bekannten Reserven in diesen Ländern befinden. Nach offiziellen Daten wurden die sich über tausende Quadratkilometer erstreckenden Lagerstätten bereits 1992 durch die NASA entdeckt und kartiert. In Argentinien stammten die wichtigsten Funde von Vorkommen anderer Mineralien, wie etwa Gold, Kupfer oder Uran, ebenso aus den 1990er Jahren. Wobei diese in erster Linie auf die Arbeit von

Hilfe die *mega-minería* die Privatisierung des Bergbausektors während der neoliberalen Regierungen der 1990er Jahre und unter Rückgriff auf die „Rhetorik der Globalisierung“ vorantrieb, wurden erst nach der eigentlichen Entdeckung der Lagerstätten eingesetzt (Chaparro Ávila 2002; 2003; Blanco 2003; Sánchez Albavera 2004; Robilliard 2006).

Demnach ist das Dispositiv, welches wir untersuchen, eine koloniale Erfindung, die die Staaten der Region durchdringt und dabei eine Sprache verwendet, mit der die beschriebene Welt auch gleichzeitig begründet wird. Seither wird versucht, diese Sprache und die durch sie erzeugte Welt als die einzig sprech- und denkbare durchzusetzen und somit als *common language* zu installieren. Dabei zeigt sich ihre Wirksamkeit an ihrer Flexibilität und gleichzeitigen Unnachgiebigkeit, mit der sie sich innerhalb weniger Jahren weltweit im kulturellen wie institutionellen Bereich eingeschrieben hat. Die Sprache der *mega-minería* wurde global wie regional in vorausgehendem Gehorsam übernommen. Dies trifft nicht zuletzt auch für Argentinien zu, wo sie – wie an vielen anderen Orten des globalen Südens auch – über umfassende und ambivalente Argumentationsketten und Beweisführungen im Sprachgebrauch implementiert wurde (Svampa/Antonelli 2009; Voces de Alerta 2011).

Seit den ersten Ausformulierungen zeigt der Diskurs der *mega-minería* seine charakteristischen Züge: Zum einen handelt es sich um einen nahezu „immunen“ Diskurs, dessen Grammatik eine glaubwürdige Fiktion etabliert, welche die ihm zu Grunde liegende Gewalt ausblendet und negiert. Zum anderen zeichnet er sich durch seine Ruchlosigkeit aus. Damit ordnet er sich in eine Linie von Diskursen ein, deren Instrumentalisierung durch den Kapitalismus und die damit verbundenen territorialen Konsequenzen oft unbeachtet bleiben.

Die Bezeichnungen „Verantwortungsvoller Bergbau“ und „Nachhaltige Entwicklung“ finden sich in den offiziellen Veröffentlichungen und bei Auftritten der Unternehmen im Bergbausektor wie auch in den Wortbeiträgen von Regierungen und Wissenschaft. Sie fungieren dabei als Rückversicherungen *a priori* um die transnationale Ökonomie des Extraktivismus unter der Figur der *Corporate Social Responsibility* (CSR) und dem neusten Begriff der „Verpflichtung gegenüber der sozio-produktiven Umwelt“ zu fassen. Dies findet unter Rückgriff auf das juristische Prinzip der Verantwortung gegenüber Dritten statt und unterstreicht, wie die Un-

Geologen der öffentlichen Universitäten zurückgehen, also durch öffentliche Mittel finanziert und durch Organe des Staats selbst realisiert wurden.

ternehmen eine philanthropische Natur postulieren, indem sie sich als sensibel gegenüber den Bedürfnissen und Wünschen der Gesellschaft und der Gemeinden zeigen, in deren Umfeld der Bergbau stattfindet. Dabei werden die Gier des Marktes, die Logik des Kapitals und die seiner territorialen, ökonomischen und kulturellen Ausdehnung inhärenten Gewalt außen vor gelassen (Antonelli 2009).

Damit schreibt sich die *mega-minería* unter Rückgriff auf die von ihr versprochene zukünftige Entwicklung umfangreich in einen „politisch korrekten“ Menschenrechtsdiskurs ein. Dieser wird von einer breiten Allianz aus nationalen und regionalen Akteur/innenn geführt und vorangetrieben. Dies sind unter anderem Unternehmen aus dem Bergbausektor, Finanzgesellschaften, internationale Kommissionen im Bereich von Kultur und Wirtschaft, Beraternetzwerke, Anwaltskanzleien, Umweltstiftungen Nichtregierungsorganisationen. Darüber hinaus sind auch Forschungseinrichtungen und -netzwerke, sowie Agenturen für Innovation und Technologietransfer Teil dieser Allianz, welche einen immer höheren Grad an Integration, Verflechtung und internen Verbindungslinien aufweist.⁸

Dieses semiotische Makro-Universum treibt mithilfe seiner eigens erfundenen Sprache nahezu unbemerkt die Kolonisation des Diskurses, der Epistemologie und der Werturteile voran. Um sich so als eine Art globaler Monolinguisimus zu installieren, gilt es, die eigene Sprache „zu naturalisieren“. Dieser Prozess begann in den späten neunziger Jahren und intensivierte sich ab 2002, als eine weltweite Zirkulation einsetzte. Vorange-

8 Im lateinamerikanischen Kontext findet sich hier beispielsweise das Netzwerk des Organismo Latinoamericano de Minería (OLAMI) und des Red Ciencia y Técnica para el Desarrollo (CyTeD) zusammen mit Investoren (wobei die spanische Regierung mit über 50 Prozent der Anteile stark vertreten ist), Stiftungen der „Entwicklungszusammenarbeit“ wie die Fundación Futuro Latinoamericano, welche als Dachorganisation für Stiftungen und NGOs aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas und der Karibik sowie öffentliche und private Forschungsinstitutionen und Universitäten in Lateinamerika und Spanien und Portugal fungiert. Seit 1995 ist das CyTeD Programm formell Teil des Programa de Cooperación de las Cumbres Iberoamericanas de Jefes de Estado y de Gobierno. Neben den genannten Institutionen lassen sich diesen Netzwerken auch Berufsvereinigungen- und Verbände, beispielsweise der Geologen, zurechnen, welche auf Dienstleistungen für die Bergbauunternehmen ausgerichtet sind. Dabei verbinden diese ihre Funktion als assoziierte Mitglieder der staatlichen geologischen Dienste mit Lobbyarbeit und Qualitätsmanagement für die transnationalen Unternehmen. Siehe: <http://www.cyted.org/> (letzter Zugriff: 14.11.2014) und die Webseite der Asociación de servicios de geología y minería iberoamericanos <http://asgmi.igme.es>, letzter Zugriff 13.11.2014.

trieben wurde er etwa durch Berichte und Papiere, welche auf Arbeitstreffen formuliert wurden, die von den weltweit neun größten Bergbauunternehmen ins Leben gerufen worden waren. Damit gelang es, regional wie auf globaler Ebene, politische und kulturelle Akzeptanz gegenüber der *mega-minería* zu generieren und an die in den 1990er Jahren dominante Erzählung der „ausländischen Direktinvestitionen“ (FDI) anzuknüpfen.⁹

Spuren und Körper der Invention: Die Asymmetrie eines theatralesierten Szenarios

Im Rahmen der Global Mining Initiative (GMI) und über den World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) beauftragten Bergbauunternehmen das International Institute for Environment and Development (IIED) damit, das Programm Mining, Minerals & Sustainable Development (MMSD) aufzulegen. Damit sollte ein „kultureller Wandel“ in der Wahrnehmung von Großprojekten im Bergbau angestoßen werden, um diesen als einen Faktor für „nachhaltige Entwicklung“ zu präsentieren. Die involvierten Akteur/innen, welche die oben genannten Initiativen und Programme unterstützen, sind als auf globaler Ebene äußerst einflussreich einzuschätzen. Unter ihnen befanden sich eine Reihe der weltweit größten Bergbauunternehmen – allen voran aus dem Sektor des Goldabbaus – wie etwa Anglo American, Río Tinto, MIM Holdings, Newmont, das kanadische Unternehmen Barrick, etc. Darüber hinaus waren internationale

9 Seit den 1990er Jahren lässt sich in den Ländern der Region eine voranschreitende, an den Interessen des Bergbaus ausgerichtete Institutionalisierung beobachten, welche die Exploration von abbaubaren Ressourcen zum Ziel hatte. Diese fand nach Bebbington unter anderem in der Gesetzgebung und Finanzierung- und Schuldenpolitik durch die Staaten in der Region, den Ausbau der nötigen Infrastruktur sowie die Kooptation und Finanzierung des Wissenschafts- und Techniksektors für den transnationalen Bergbausektor ihren Ausdruck (Bebbington 2007, in Svampa/Antonelli 2007: 19). Dies zeigte sich unter anderem an der Tatsache, dass in der Zeitspanne von 1990-1997 die Investitionen in die Exploration von Mineralienvorkommen in Lateinamerika um 400 Prozent gestiegen waren, während sie weltweit lediglich um 90 Prozent anwuchsen (in Peru war gar ein Anstieg um 2000 Prozent zu verzeichnen). Zwischen 1990 und 2001 lagen vier der zehn Länder mit den höchsten Investitionen im Bergbausektor in Lateinamerika. Chile lag dabei an erster Position, Peru an sechster, Argentinien an neunter und Mexico an zehnter. Zwölf der weltweit größten Investitionsvorhaben in diesem Sektor befanden sich in Lateinamerika: Zwei in Peru, neun in Chile und eins in Argentinien. Siehe diesbezüglich Bridge (2004: 413).

Geldgeber und Finanzinstitute wie die Weltbankgruppe, die Regierungen Kanadas, Großbritanniens und Australiens – ihrerseits Herkunftsländer eines großen Teils des in den globalen Bergbausektors investierten Kapitals – sowie die Rockefeller Stiftung und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und andere involviert.¹⁰

Bei der Schöpfung einer einheitlichen Sprache hat sich der Begriff des „verantwortungsvollen Bergbaus“ (*minería responsable*) als zentrale Worthülse herausgebildet, die es mit Inhalt zu füllen gilt. Dies soll etwa mithilfe von Forschungsvorhaben über die Reduktion von durch die *mega-minería* verursachten Schäden und den aus ihr entstehenden Kosten geschehen. Auch sollen Maßnahmen zur öffentlichen Teilhabe bei der Planung und Durchführung von Bergbauprojekten umgesetzt werden, welche den Unternehmen die soziale Legitimation für ihre Aktivitäten liefern. Auf diese Weise wird der *conflicto antiminería* – der gegen Bergbauprojekte gerichtete Protest – generell und fälschlicherweise als Blockade des anvisierten und prognostizierten gesellschaftlichen Fortschritt dargestellt, ohne Ursachen und Formen des jeweiligen Widerstandes genauer in den Blick zu nehmen. Es genügt, sich die einseitige Konzeption von Entwicklung vor Augen zu führen, die dem Begriff *minería responsable* zu Grunde liegt, um festzustellen, dass dieser nahezu ausschließlich durch die mächtigsten Akteur/innen in diesem sozialen Szenario definiert wird. Die Idee, dass in diesem sozialen Szenario horizontale Kommunikation oder gar ein Dialog auf Augenhöhe zustande kommen könnte, ist letztendlich nur vorgeschützt. Denn die Modelle einer „kommunikativen Interaktion“ zwischen den großen transnationalen Bergbauunternehmen, informellen Schürfern, die Bergbau auf niedriger Stufe betreiben und den indigenen Gemeinschaften zeichnen sich durch eine tief verankerte Asymmetrie und die Vielfältig- und Gegenläufigkeit der Interessenlagen aus. Hierbei ist

10 Unter den Förderern aus der Wirtschaft finden sich Alcan, Alcoa, Anglo-American, Anglovaal, Barrick, BHP Billiton, Codelco, De Beers, Freeport-McMoran, Gold Fields, Lonmin, MIM Holdings, Mitsubishi Materials-Mitsubishi Corporation, Mitsui Mining and Smelting, Newmont, Nippon Mining & Metals, Noranda, Normandy Mining, Norsk Hydro ASA, Pasminco, Phelps Dodge, Placer Dome, Rio Tinto, Sibirsky Aluminium Group, Somincor, Sumitomo Metal Mining, Teck Cominco, Western Mining. Unter den nicht kommerziellen Förderern befinden sich die Comisión Chilena del Cobre, die Colorado School of Mines, Conservation International, DFID, die Regierungen Großbritanniens, Australiens und Kanadas sowie die Global Reporting Initiative, ICEM, IUCN-The World Conservation Union, die Mackay School of Mines, PricewaterhouseCoopers, die Rockefeller Stiftung, UNEP und die Weltbankgruppe.

auch noch auf die Rolle der Lobbyarbeit leistenden Koordinator/innen solcher Dialoge hinzuweisen, welche oftmals während der Liberalisierung des Bergbaus im Verlauf der 1990er Jahre als staatliche Funktionär/innen im Öl-, Gas- und Bergbausektor aktiv waren (Antonelli 2009).

Im Abschlussbericht von 2002 wie auch in anderen Teilberichten des Mining, Minerals and Sustainable Development Projektes (MMSD) werden die Auswirkungen dieser gigantischen und deregulierten Form des Bergbaus wie der massive Einsatz von toxischen Chemikalien im Förderprozess als „Herausforderungen“ für die Minenindustrie bezeichnet (vgl. IIED: 2002a und 2002b). Dabei wird auf der einen Seite eingeräumt, dass diese Form des Bergbaus Umweltschäden verursachen kann. Auf der anderen Seite wird aber auch auf implizite Weise suggeriert, dass durch die Anwendung bestimmter Strategien und Maßnahmenbündel den Konfliktkonstellationen und anderen erwartbaren „Herausforderungen“ oder „Hindernissen“ des Bergbaus begegnet werden könne und diese somit kontrollierbar seien. Diese Thematik wird weiterhin auf Arbeitstreffen des MMSD-Projektes diskutiert, wobei auch auf den „glücklichen Zufall“ verwiesen wird, dass andere Initiativen sich ebenso mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen und man mit diesen zusammenarbeite. Auf diese Weise wird der Begriff der „Verantwortung“ (*responsabilidad*) mit Inhalt gefüllt und es werden Parameter entwickelt, um sie messbar zu machen. Die Entwicklung des International Cyanide Management Code (CMC), mit dessen Hilfe der Einsatz von Zyanid im Goldbergbau reglementiert werden soll, ist ein passendes Beispiel für diese Vorhaben. In Auftrag gegeben und finanziert von Minenunternehmen sowie Zyanidproduzentinnen und -zulieferinnen bestätigt der CMC auf der einen Seite die schwerwiegenden verschiedenartigen Folgen der Abbauprozesse und die sozialen und ökologischen Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dieser Form des Bergbaus. Auf der anderen Seite diene der CMC, dessen Anwendung auf Freiwilligkeit beruht, bereits drei Jahre später dazu, die Firmen, welche sich zu seiner Anwendung verpflichtet hatten, für ihr der Umwelt gegenüber verantwortungsvolles Handeln auszuzeichnen. Damit kann der CMC als Baustein der ununterbrochenen strategischen Suche der Unternehmen nach Legitimierung gesehen werden, denn die Erfindung der Parameter des Kodex suggeriert eine letztendlich illusorische Kontrollierbarkeit der Risiken. Gleichzeitig ist der CMC Teil des Versuchs, die desaströse Geschichte der Umweltschäden durch Bergbau-Großprojekte zu verschleiern. Denn der CMC wurde auf verschiedenen Arbeitstreffen als „zukünftiges Korrektiv“ beschrieben, an dem sich die Unternehmen sukzessive ausrichten würden. Ebenso ist zu beachten, dass viele der „unabhängigen Beobachter,“ die die Einhaltung des CMC überwachen, den

Bergbauunternehmen gleichzeitig Dienst- und Beratungsleistungen im Bereich der Boden- und Wasserverwertung, sowie für die Installation der für die Mineraliengewinnung nötigen Schwemmbecken anbieten. Die Prüfer/innen, welche die Umsetzung des Kodex überwachen sollen, profitieren also auch gleichzeitig von den Gewinnen der Unternehmen.

Der Verweis auf die Zukunft und den Übergangscharakter der Gegenwart stellt einen zentralen Bestandteil der Strategien der Bergbauunternehmen dar. Um herausarbeiten zu können, wie diese vergangene Zukunft – im Sinne Reinhart Kosellecks (1988)¹¹ – generiert wird, muss aus Sicht des Zeithistorikers eine kritische Distanz gewahrt werden. Die treibende Idee hinter den für die kommenden Jahre geplanten Maßnahmen ist das Konzept des „verantwortungsvollen Bergbaus“, der die verbundenen Auswirkungen und Schäden verwaltet. Auf diese Weise kann die Gegenwart als „Übergang zur nachhaltigen Entwicklung“ dargestellt werden, und dieser „Übergang“ dauert nunmehr schon mehr als zehn Jahre an. Die Berater des MMSD unterstreichen dabei, dass ein „Kulturwandel“ im Bergbau vonnöten sei um den erklärten „Herausforderungen“ gerecht werden zu können. Mithilfe dieses „Kulturwandels“ könne die Dichotomie zwischen den grenzenlosen Interessen der *mega-minería* und des Widerstandes von Gemeinden und Teilen der Bevölkerung – meist als „Natur-“ oder „Umweltschützer“ bezeichnet und damit bereits diskreditiert – überwunden werden.

So werden Akteur/innen, die sich gegen die Politik der Bergbauunternehmen stellen, als ignorante, fortschrittsfeindliche und nicht anpassungsfähige Fundamentalisten und *nuevos barbaros* („neue Barbaren“) charakterisiert, womit ihre Legitimität in Zweifel gezogen wird. Beispielsweise werden kritische Anwohner/innen sowie ihre Netzwerke in Verruf gebracht, und somit das alternative Wissen, dass diese Akteur/innen über die Auswirkungen des Bergbaus generieren, delegitimiert. Denn dieses Wissen problematisiert die Auswirkungen der *mega-minería* auf verschiedene Formen von Kulturerbe und prangert den ökologischen Raubbau, den exorbitanten Verbrauch von Wasser und Energie, Korruption, soziale Kontrolle und Fragmentierung sowie die Unterminierung öffentlicher Institutionen an.

Darüber hinaus werden kritische Stimmen von unabhängigen Intellektuellen und Wissenschaftler/innen diffamiert, die die unübersehbaren

11 Im Sinne Reinhart Kosellecks, Anm. d. Übers. in Absprache mit der Autorin. Vgl. Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1979.

Auswirkungen der *mega-minería* thematisieren, technische und juristische Einwände gegen diese Form des Bergbaus ins Feld führen, die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker anklagen und somit das positive Bild der Großprojekte konterkarieren (Voces de Alerta 2011).

Unabhängig von der Tatsache, ob dieser von der Bergbau-Lobby angestrebte „kulturelle Wandel“ erreicht und die *mega-minería* öffentlich in ein positiveres Licht gestellt wird, werden die Bodenschätze der Region weiterhin ausgebeutet. Die Staaten der Region – unter ihnen auch Argentinien, Chile und Peru – haben den legalen Rahmen des Bergbaus in den vergangenen Dekaden im Interesse der transnationalen Unternehmen angepasst.¹² Ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung des Abschlussberichts des MMSD Projektes und seiner vielversprechenden Vision der „Risiko-kontrolle“ lässt sich eine Vielzahl von Fällen anführen, in denen die Natur in Abbaugebieten irreversibel geschädigt und die dort lebende Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Fallsammlung kann leicht mit aktuellen Beispielen für massive Umweltschäden und Gewaltanwendung im Kontext von Minen-Großprojekten ergänzt werden. Dabei ist es weder den Vereinten Nationen noch dem kanadischen Parlament in der Vergangenheit gelungen, die Aktivitäten der transnationalen Bergbauunternehmen – die nicht zuletzt auch durch den kanadischen Staat subventioniert werden – zu kontrollieren und zu regulieren. Daran scheint auch der Fakt nichts zu ändern, dass seit mehr als zehn Jahren eine Reihe von schwer zu ignorierenden Berichten und Aussagen vorliegen, die die Bergbauunternehmen für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich machen.¹³

12 Für eine Analyse der diesbezüglichen Gesetzgebung in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela siehe Chaparro Ávila (Hrsg.) http://www.eclac.org/publicaciones/xml/6/10_756/LCL1739-P-E.pdf, letzter Zugriff: 14.11.2014.

13 Die Vereinten Nationen räumten im Jahr 2010 ein, dass seit 2005 ein Szenario der Gewaltanwendung im Bergbausektor existiert und es nicht gelungen sei, die zugrunde liegenden Aktivitäten der Bergbauunternehmen zu regulieren. Ebenso wurde im Jahr 2010 nach langwierigen Beschwerden, Sonderkommissionen, und einem starken Aktivismus von Netzwerken kanadischer und lateinamerikanischer sozialer Organisationen das Gesetzgebungsvorhaben C-300 ins Leben gerufen. Auf diese Weise sollten die transnational aktiven kanadischen Bergbauunternehmen in Kanada für im Ausland begangene Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können. Auch der Entzug von staatlichen Subventionen wurde in diesem Kontext als Sanktionsmöglichkeit angedacht. Der Gesetzentwurf C-300 stellte dabei Normen für den Bergbau auf der Grundlage der

Der Begriff der „Transition“ ist eine schwer zu fassende Worthölse in der beständigen Erzählung der *mega-minería*. In dieser Erzählung wird das Versprechen auf eine bessere Zukunft insoweit aufgegeben, als dass die Zeit lediglich in den Einheiten gemessen wird, die es bedarf, um eine Lagerstätte vollständig auszubeuten. Die Erzählung der *mega-minería* steht also vor dem zeitlichen Dilemma, dass auf der einen Seite Ressourcenvorkommen möglichst schnell und umfassend ausgebeutet werden müssen, während auf der anderen Seite deren Endlichkeit zu einer Bedrohung für die *mega-minería* wird, insbesondere wenn diese Wirtschaftsform von der Wissenschaft ohne Begrenzung in die Zukunft projiziert wird.

Einige Vorwände: Zukunftsentwürfe zwischen Mineralien und Politik

Im Abschlussbericht des MMSD, der den suggestiven Titel „Breaking New Ground“ trägt – zu Deutsch „Neue Felder eröffnen“ –, wird versichert, dass die *mega-minería* kein Problem darstelle sondern vielmehr „Möglichkeiten“ eröffne und „Herausforderungen“ für alle beteiligten Akteur/innen mit sich bringe, so etwa auch für die Universitäten (vgl. IIED 2002a: s.p.). Mit dem Begriff „Herausforderungen“ werden dabei die festgestellten und bekannten, durch die *mega-minería* verursachten Schäden umschrieben, die sich in der Vergangenheit nicht verhindern ließen und in

Menschenrechte, des Arbeitsrechts und des Umweltschutzes auf. Kanadische Bergbauunternehmen, die in Entwicklungsländern aktiv sind und diese Subventionen erhalten, hätten diesen Normen entsprechen müssen. Darüber hinaus sollte eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, an die sich Mitglieder der vom Bergbau betroffenen lokalen Gemeinden sowie kanadische Bürger/innen hätten wenden können, um Regelverstöße der Unternehmen gegen das Gesetz anzuzeigen. Den Unternehmen drohte somit der Wegfall finanzieller Subventionen und politischer Unterstützung durch den kanadischen Staat. Am 27.10. 2010 stimmte das kanadische Parlament mit 140 zu 134 Stimmen gegen den Gesetzentwurf. Siehe: Red Mexicana de Afectados por la Minería: <http://rema.codigosur.et/>, letzter Zugriff: 14.11.2014. Über die Klagen in Kanada an die Minenbetreiber in diesem Land: http://www.miningwatch.ca/en/country_categories, letzter Zugriff: 14.11. 2014. Bezüglich der mit Bergbau in Zusammenhang stehenden Menschenrechtsverletzungen in Argentinien siehe unter anderem „Informe Cátedra UNESCO en Sostenibilidad“ der Universidad Politécnic de Cataluña. Der Bericht enthält eine Aufstellung, die in Zusammenarbeit mit dem Movimiento Indígena Argentino und unabhängigen Nachbarschaftsnetzwerken erarbeitet wurde. Siehe <http://la vaca.org/notas/soja-mineria-y-derechos-humanos/>, letzter Zugriff: 14.11.2014.

Zukunft zu minimieren seien. So werden Umweltverschmutzung, Zerstörung der Biodiversität, Aufbrauchen von Ressourcen und Wasser unter anderem als „vergangenes Erbe des Bergbaus“ (sic) bezeichnet. Diese negativen Effekte sollen durch die Kooperation zwischen den verschiedenen „verantwortlichen“ Akteur/innenn überwunden werden, während die Bergbauprojekte in ihrer bisherigen raumgreifenden Dimension forgesetzt würden. Das Modell des Extraktivismus hat sich somit teleologisch konfiguriert und setzt geographisch auch auf eine neue globale Kartographie der Kolonisation mit einem Blick auf die „Welt als Steinbruch“ (*mundo cantera*). Argentinien als Schwellenland wurde vom Extraktivismus einverleibt und spielt im Bieterwettbewerb auf den globalen Rohstoffmärkten mit. Damit ist das Land in den Rahmen eines drastischen Neuentwurfs der biopolitischen Kontrolle eingebettet: Sicherheit, Territorium und Bevölkerung.

Neben den Umweltschäden wird in den Arbeiten des MMSD die politische Korruption als eine der Ursachen für das negative Bild der *mega-minería* in der Öffentlichkeit ausgemacht. Dieses trage zum Entstehen von Konflikten bei. Im *Final Report* und anderen Berichten des MMSD werden lateinamerikanischen Ländern etwa „schwache und unterentwickelte staatliche Institutionen“ attestiert (vgl. IIED 2002a: s.p.). Dies wiederum rechtfertigt auf zynische Weise die Verwendung des Begriffs der *Governance* – und nicht etwa der Gouvernamentalität [im Sinne Foucaults] – als Schlüsselkonzept für eine effektive institutionelle Autorität, die der *mega-minería* die soziale Lizenz zum operieren gewähre. Mit dieser Argumentation impliziert der MMSD, dass die reine Gesetzgebungskompetenz des Staates, mit deren Hilfe die politischen Klassen die Interessen der Bergbauunternehmen unterstützt haben, nicht ausreiche, um die Abbautätigkeiten ohne soziale Konflikte ausführen zu können. Vor diesem Hintergrund sei ein „kultureller Wandel“ (vgl. IIED 2002a: s.p.) im Kontext der *mega-minería* notwendig.

Der zentrale Punkt hierbei ist, dass sich mithilfe des Begriffes *Governance*, der die Gesamtheit von vermachteten Regierungsformen/-feldern über die staatliche Dimension hinaus beschreibt, die Rolle des Staates entlang der eigenen Erwartungen an denselben umreißen lässt. *Governance* dient dabei als eine Pragmatik im linguistischen Sinne; ein strategischer Betrieb von politischen Regeln in bestimmten Situationen und lokalen Kontexten, welcher unternehmerische Strategien mit staatlichen Entscheidungen und Handlungsmustern verbindet. Die Konsolidierung der *mega-minería* als eine im kulturellen wie sozialen Feld anscheinend alternativlose Realität basiert auf eben diesen, von staatlichen Funktionär/innen auf

verschiedenen Ebenen umgesetzten, Entscheidungen und Handlungsmustern (Antonelli 2009).

So definiert, produziert der Begriff der *Governance* einen politisch faktischen und symbolischen Zugriff auf die Realität und bekräftigt, dass die *mega-minería* eine alternativlose Notwendigkeit darstelle. Der Staat wiederum wirkt im Hinblick auf die mit dem Bergbau verbundenen sozialen Konflikte als *Operator* der Regeln eines scheinbaren Interessenausgleiches zwischen Unternehmen und Gemeinden. Dieser Ausgleich bleibt aber letzten Endes weiterhin asymmetrisch und damit vorgetäuscht. So ist zu beobachten, dass *Governance* in immer mehr Fällen die weniger vermittelnde Form der Kriminalisierung, juristischen Verfolgung und Repression des Widerstandes annimmt, der sich gegen die mit der *mega-minería* einhergehende Verschmutzung und Plünderung der Natur bildet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass lange nicht alle Fälle staatlicher Gewalt gegenüber Gegnern der *mega-minería* in den angeführten Statistiken und Berichten erfasst sind. In den virtuellen Netzwerken und Plattformen der Umweltorganisationen und sozialen Bewegungen vor Ort werden fast täglich neue Beispiele für den langen Arm des Staates und staatlich verübte Gewalt dokumentiert. Die transnationalen Bergbauunternehmen verstecken sich still und heimlich hinter dieser staatlichen Repression als eine nicht öffentliche Lobbygruppe.

Der gesamte beschriebene Arbeitsprozess des MMSD einschließlich des Abschlussberichtes kann als ein Manifest für die Zukunft verstanden werden: In Zukunft werde der Bergbau verantwortungsvoll betrieben und die *mega-minería* werde zu dem werden, was sie bisher noch nicht ist: Ein „Faktor der Entwicklung“. Diese Ankündigung setzt natürlich auf eine bestimmte Wirtschaftspolitik, die die Bergbauunternehmen dementsprechend von den staatlichen Verwaltungen einfordern. Denn im Endeffekt zieht der Eintritt von Ländern in die „Welt als Steinbruch“ (*mundo canteira*) eine Umleitung von Investitionen in den Bergbausektor nach sich, die einen Prozess der spezifischen und umfassenden Festschreibung und Institutionalisierung der *mega-minería* einleitet. Teil dieses Prozesses ist die Vergabe von Schürfrechten an Mineralienvorkommen, die teilweise auf illegale Weise geschieht. In diesem Kontext okkupieren Bergbauunternehmen immer weiter reichende Territorien und fordern im nächsten Schritt eine Legalisierung des Bergbaus in sämtlichen geeigneten Regionen. Dabei wird auf den „Kampf gegen die Armut“ durch den Export von Rohstoffen und das „Recht auf Entwicklung“ rekurriert, das auf diesem Wege garantiert sei.

Die transnationalen Bergbauunternehmen teilen diesbezüglich die Länder Lateinamerikas derzeit in zwei große Gruppen ein: Die erste Gruppe

sind die „radikalisierten Staaten“, welche sich nur bedingt kooperativ zeigten und versuchten, beim Verkauf ihrer nicht erneuerbaren Ressourcen einen größeren Nutzen für den Staat zu generieren. Dies sei Ausdruck eines „unspezifischen und vagen Wunsches“ (Jones 2006: s.p.) nach Fortschritt. Unter diese Gruppe fänden sich Ecuador, Bolivien und Venezuela. Daneben stehe die Gruppe der „an einem Dialog orientierten“ Staaten, welche eine Synergie mit den transnationalen Bergbauunternehmen und Investoren anstrebten. Darunter fielen die Staaten Chile, Argentinien und Peru. Die beiden letztgenannten Länder wurden in den 1990er Jahren als „Magneten für Investitionen“ im Bergbausektor beschrieben, da sie im Vergleich zu anderen Staaten ihre Wirtschaft am stärksten liberalisiert hatten, um Direktinvestitionen aus dem Ausland (FDI) „anzulocken“.

Der „blinde Fleck“ des 2002 veröffentlichten Berichtes besteht darin, dass er nicht thematisiert, dass die *mega-minería* in welcher Weltregion auch immer bisher nie zu einer Entwicklung der „armen Anrainergemeinden“ beigetragen hat. Auch zehn Jahre nach Veröffentlichung des Abschlussberichtes des MMSD wird dieser Aspekte vom florierenden räuberischen Extraktivismus und seinen politischen Unterstützer/innen und Lobbygruppen weiterhin ignoriert.

Die prospektierte Zukunft: Chrono-Kartographien der Ausweitung der Grenzen des Bergbaus

Die transnationalen Bergbauunternehmen sind auf neue Funde von Lagerstätten angewiesen, um bei zukünftigen Investitionen die vom MMSD beschriebenen „Herausforderungen“ meistern zu können. Neben der derzeitigen Kontrolle und Repression des Widerstandes der Bevölkerung der Abbaugebiete zielt die Strategie der Unternehmen auch auf die Erschließung von Territorien für den Bergbau, die diesem in vielen Ländern bisher verschlossen waren: Nationalparks, Naturschutzgebiete, als Kulturerbe ausgewiesene Landstriche, das Land indigener Gemeinschaften etc. Ein Jahr nach Veröffentlichung des Abschlussberichtes des MMSD wurden diese Forderungen auf globaler Ebene diskutiert, dieses Mal aber mit deutlich mehr Nachdruck. Der MMSD forderte eine globale Neufassung der Kategorien für Schutzgebiete im Sinne einer „einheitlichen Begrifflichkeit“. Derzeit arbeitet die Lobbygruppe der *mega-minería* auf verschiedenen Ebenen daran, die Begrenzungen für Bergbauaktivitäten aufzuheben.

Dazu gehört auch die angestrebte Neudefinition des Status der „indigenen Gemeinschaften“ und *comunidades originarias*¹⁴. So wird versucht, die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auszuhebeln. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass indigene Gemeinschaften von ihrem Recht Gebrauch machen und sich gegen die Verwirklichung von Bergbauprojekten auf ihrem Land aussprechen und diese damit abwehren.¹⁵

Ebenso werden juristische Werkzeuge geschaffen, meist in Form einer *ad hoc* Gesetzgebung im Unternehmensrecht. So werden etwa mithilfe einer „Alibi-Politik“ Gebiete als Kulturerbe deklariert und Territorien in bestimmte Zonen eingeteilt, um so im Umkehrschluss neue Abbaugebiete in einem „offenen Regionalismus“ zur Ausbeutung freizugeben, und zwar ohne Einschränkungen und Limitierungen. Im Jahr 2001 bildete das Leitungsgremium des MMSD den International Council Mining & Metals (ICMM) und etablierte damit ein weiteres Organ für die Lobbyarbeit der *mega-minería*. Der Sitz des Sekretariats des ICMM befindet sich in London.¹⁶ Derzeitig setzt sich der Vorstand und der Aufsichtsrat aus leitenden Managern von weltweit im Bergbausektor tätigen Firmen und Organisationen zusammen, unter ihnen die der mächtigsten Unternehmen der Metall-fördernden Industrie (Antonelli 2009).¹⁷

14 Anm. d. Übers.: indigene Gemeinschaften.

15 Dies ist der unterschwellige Auftrag des Projektes Gestión y Control de Conflictos Mineros, GECOMIN, das von OLAMI und CyTed vorangetrieben wird. Auf dem Treffen in La Paz in Bolivien wurde eine spezifische Agenda bezüglich dieser Frage formuliert.

16 Auf der offiziellen Webseite des ICMM wird bestätigt, dass „unsere Mitglieder daran glauben, dass sie durch die Umsetzung besserer Geschäftspraktiken bevorzugten Zugang zu Land, Kapital und Märkten erhalten und somit zu hohen Eigentumswerten beitragen und das Anwerben von talentierten Mitarbeiter/innen ermöglichen.“ („Our members believe that by demonstrating superior business practices they will gain preferential access to land, capital and markets, thus contributing to high equity values and enabling recruitment of talented employees.“, Vgl. <http://mansurtest.wordpress.com/page/93/>, letzter Zugriff: 14.11.2014 (Übersetzung: MB)

17 Wie etwa der Unternehmen Freeport McMoRan Copper & Gold, BHP Billiton, Alcoa, Anglo American, Anglo Gold Ashanti, Barrick, Eurometaux, Lihir Gold, Lonmin, Minerals Council of Australia, Mitsubishi Materials Corporation, Newmont, Nippon Mining & Metals, OZ Minerals, Rio Tinto, Sumimoto Metal Mining, Teck Cominco, Vale y Xstrata.

Die Kluft zwischen der semiotischen Invention, der Techno-Wissenschaft und der Macht der Tatsachen der mega-minería

In den Herkunftsländern des Kapitals der *mega-minería* wirken die unternehmerischen Selbstpräsentationen – etwa auf Webseiten der Unternehmen – deutlich elaborierter was ihre soziale, ökonomische und ökologische Verantwortung betrifft als dies etwa in Lateinamerika der Fall ist. Dies lässt auf die Art von Verantwortung und nachhaltiger Entwicklung schließen, an der die *mega-minería* vor allem interessiert ist. So werden von den transnationalen Bergbauunternehmen etwa Forschung und Technologietransfer zum Einsatz von Zyanid finanziert. Auch fördern sie Projekte zur Konservierung und Archivierung von Naturerbe, soweit es sich dabei um kleine und für die Unternehmenspolitik unproblematische Gebiete handelt. Daneben werden Forschungsprojekte zur Biodiversität im Umkreis von stillgelegten Minen und dem Verschwinden von Arten unterstützt oder aber Projekte zur Reduzierung des Energie- und Wasserbedarfs oder der Verlangsamung der globalen Erwärmung finanziert. Aktivitäten dieser Art listen die Firmen dann in ihren Berichten für Investoren unter dem weniger idyllischen Punkt der Kostenreduktion je geförderter Unze Metall auf.

Die *mega-minería* und ihre Folgen werden außerhalb der Anstrengungen der Lobbygruppen für die Etablierung eines einheitlichen Sprachgebrauchs auch von anderen Akteur/innenn thematisiert, wie etwa von Anwohner/innen und Beobachter/innen von Umweltkonflikten, in nicht staatlichen Berichten über Menschenrechtsverletzungen, von kritischen Wissenschaftler/innen, Vertreter/innen der Vereinten Nationen oder Rechtsanwält/innen. Auch kanadische Parlamentsausschüsse beschäftigten sich mit Vorwürfen gegenüber kanadischen Bergbauunternehmen und ihrer Tätigkeit in „Entwicklungsländern.“ Ungeachtet dieser Stimmen, veröffentlichte der ICMM als Beweis für seine „Vertrauenswürdigkeit“ die „Good Practice Guidance for Mining and Biodiversity.“ (ICMM 2006: s.p.) In diesem pseudo-wissenschaftlichen Verhaltenskodex wird der beständige Charakter des hegemonialen Diskurses deutlich. Das Handbuch zeigt, wie Schäden für Menschen und Umwelt, die untrennbar mit der Durchführung von Bergbauprojekten im großen Stil verbunden sind, systematisch negiert werden. Gleichzeitig kann der Kodex als Beweis für die Kooptation einer kritischen Masse von Wissenschaftler/innen in die *mega-minería* gelesen werden. Die Einbindung dieser Wissenschaftler/innen macht es möglich, den Kodex als „Innovation in Forschung und Technik“ zu präsentieren. Dieser Prozess besteht seit den 1990er Jahren fort, als Geolog/innen und Bergbau- Ingenieur/innen mit ihrem Expert/innen-

wissen die Lagerstätten prospektiert [erforscht] hatten, für deren Ausbeutung die Bergbauunternehmen anschließend auf der Grundlage neuer regulatorischer Rahmen weltweit die Konzessionen erwarben.

Im seinem Bericht zu Südamerika räumt der ICMM ein, dass es nicht das Ziel des zweijährigen, insgesamt mit acht Millionen Dollar geförderten Workshops war, zu diskutieren, ob Bergbau nachhaltig sei oder nicht. Ebenso wenig sollte die Nachhaltigkeit der einzelnen Bergbauaktivitäten erörtert werden. Es war vielmehr angedacht, ausgehend von der sozioökonomischen Situation der südamerikanischen Staaten die Frage zu diskutieren, wie Bergbau zukünftig nachhaltig für die Gesellschaft gestaltet werden könne. Unter den Expert/innen, die der MMSD für Südamerika versammelte, findet sich Daniel Meilán. Meilán war während der Präsidentschaft Carlos Menems (1989-1999) als Staatssekretär für nationalen Bergbau in Argentinien tätig. Nach Aussagen des Berichtes zeichnet Meilán sich verantwortlich für den „Wandel“ der bis heute gültigen Gesetzgebung im Bergbausektor Argentiniens während der 1990er Jahre. Ebenso gehört Eduardo Chaparro – seinerseits Mitglied des Bereiches „Natürliche Ressourcen und Infrastruktur“ in der Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) – dieser Gruppe an. Chaparro präsentiert sich als erklärter Verteidiger, Lobbyist und Vertreter der Bergbauunternehmen und setzt sich auf diesem Weg für die „Entwicklung“ der Region ein.¹⁸ Die CEPAL ist einer der großen Förderer von Projekten zur technischen und wissenschaftlichen Innovation im Bergbau, die eine Ausweitung der *mega-minería* garantieren sollen. In diesem Kontext ist die CEPAL auch in die regionalen Anstrengungen zu Kontrolle der Konflikte im Kontext des Bergbaus eingebunden.

18 Der Bericht trägt den Titel „Minería, Minerales Desarrollo Sustentable en América del Sur“ und wird unter anderem herausgegeben vom Centro de Investigación y Planificación del Medio Ambiente (CIPMA), dem Centro Internacional de Investigaciones para el Desarrollo (IDRC) und der Iniciativa de Investigación sobre Políticas Mineras (IIPM). Die Arbeit wurde zusammen mit dem World Business Council for Sustainable Development (WBCS) mit Sitz in Genf in der Schweiz und dem International Institute for Environment and Development (IIED) mit Sitz in London und Großbritannien sowie der Institución cofinanciadora en la Región, Secretaría de Minas y Metalurgia del Ministério de Minas y Energia de Brasil erstellt.

Der Diskurs und die Sprache des Übergangs: Die semiotische Macht des Kapitals in den lokalen Politiken

Gegen Ende der 1990er Jahre, als der MMSD und „assoziierte“ Einrichtungen begannen, die Bedeutungszuschreibung für die Begriffe „Verantwortungsvoller Bergbau“ und „Nachhaltige Entwicklung“ zu kontrollieren, waren die Minen La Alumbrera in der Provinz Catamarca im Nordosten Argentiniens und Cerro Vanguardia in der Provinz Santa Cruz im Süden des Landes bereits in Betrieb. La Alumbrera wurde mehrheitlich durch das transnationale Unternehmen Xstrata Inc. Corp betrieben, das auch bereits in Peru die Umwelt zerstörte. Cerro Vanguardia wurde durch das in Verruf geratene südafrikanische Unternehmen Anglo Gold Ashanti ausgebeutet (Taddei/Seoane/Algranati 2011). Beide Firmen profitierten von den Gesetzespaketen des argentinischen Staates, der in dieser Dekade den Bergbau unter der widersinnigen Prämisse einer „Produktivitätsrevolution und Modernisierung“ massiv förderte. Diese fügte sich in die populistische Rhetorik der Regierung Carlos Menems (1989-1999) ein, die im Verlauf eines Jahrzehnts das im weltweiten Vergleich seinerzeit schnellste und umfangreichste Privatisierungsprogramm umsetzte (Nun 1995). In den zwei genannten Provinzen erfuhr der argentinische Bergbau eine Neuausrichtung, welche die traditionelle Beziehung von Souveränität und Territorium in eine Krise stürzte. Wie sich später zeigte, wurden im Zuge dieses Prozesses auch die sogenannten „strategischen Ressourcen“, wie etwa die Wasser-Reservoirs der Andenkordillere, die Uran- und Lithiumvorkommen und ihre Sicherung im Zuge des „Energie-Booms“, neu geordnet.

Die Art und Weise, wie die *mega-minería* in Argentinien staatlich gefördert wurde, unterscheidet sich dabei in einem Aspekt grundlegend von anderen Staaten: Der argentinische Staat weigerte sich, selbst bei der Exploration/Erschließung und der Ausbeutung der Bodenschätze auf seinem Gebiet aktiv zu werden. Bei dieser Weigerung handelt es sich um einen per Gesetz verordneten staatlichen Verzicht auf Souveränität. Argentinien trat damit während der 1990er Jahre in einen Wettstreit mit Peru um den ersten Platz im Ranking der bereits erwähnten sogenannten Magnet-Länder für ausländische Direktinvestitionen in der Region.

Vor diesem Hintergrund lässt sich verdeutlichen, dass sich *mega-minería* nicht mehr primär an den Grenzen der Nationalstaaten orientierte, sondern eine *supra-nación* [supra-Nation] des Bergbaus entwarf. Damit rekurriert die *mega-minería* auf ein neues Verständnis von Territorium, das nicht mehr an staatliche Souveränität gebunden ist. Diese *supra-nación* weist den argentinischen Bürger/innen die Rolle der „Nutznießer“ (*superficiarios*) an den Bodenschätzen zu, die den „Begünstigten“ (*benefi-*

ciarios) gegenüber stehen, der seinerseits fast ausschließlich durch transnationale Unternehmen repräsentiert wird.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, wie Politik gedacht werden kann und welche Bedingungen und Lebensumstände entstehen, wenn die Bodenschätze eines Landes per Gesetz an Unternehmen des Privatsektors abgetreten werden. Was bedeutet es, wenn das Wasser in den Bergrücken, welches der *sierra* mit ihren Natur-Reservaten und ländlichen indigenen Gemeinden wie auch den Städten im Tiefland Leben verleiht, privatisiert wird? Was bleibt von der Beziehung zwischen Souveränität und Territorium, von der Idee der Nation, wenn der Staat sich selbst die untergeordnete Rolle des Wächters und Garanten einer Raumordnung zuweist, die ein gesamtes Land zum „Steinbruch“ für die extraktive Industrie macht, von der per Gesetz nur private Unternehmer/innen profitieren? Haben dann vielleicht die staatlichen Institutionen ihren Anspruch, die Realität im Land zu gestalten, aufgegeben? Und wenn dem so ist, mit welcher Rhetorik und mit welcher Inszenierung versuchen dann Staat und politische Klasse die Beibehaltung ihres derzeitigen Selbstverständnisses als Lotse der Unternehmen durchzusetzen?

Die Bauchredkunst des Staates: Das Private durchdringt das Öffentliche

Der Erfolg der *mega-minería* in der Region und den Nationalstaaten wurde erst durch Liberalisierung der Regulierung für die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) möglich gemacht (CIDSE 2009, Bebbigton 2007, Svampa/Antonelli 2009). Die FDI lassen sich als die „heilige Institution“ der neoliberalen Regierungen beschreiben, die den Fluss des internationalen Kapitals durch die Einbindung trans- und multinationaler Einrichtungen wie der Weltbank, der Vereinten Nationen, und eines mächtigen Netzwerks von globalen, nationalen, regionalen und lokalen Akteuren/innen unter dem Motto „Rechtssicherheit und Privateigentum“ konsolidieren konnten. Eine Begleiterscheinung dieses Prozesses war die „indirekte Aneignung“ von Eigentum, bei der sich nicht zuletzt Bergbauunternehmen hervortaten.¹⁹ Ebenso profitierten diese von der Institutionali-

19 Die gesamten Investitionen eines Projektes lassen sich von den auf den Gewinn fälligen Steuern absetzen (hierbei werden etwa die Kostenpunkte für die Lagerstättenuche und -erkundung, Detailstudien, Probegrabungen und Forschung geltend gemacht). Neben diesen Steuervergünstigungen lässt sich die Entrichtung der Umsatzsteuer über 12 Monate aufschieben. Außerdem ist die Besteuerung

sierung internationalen Rechts, auf dessen Grundlage seither über die Interessenkonflikte zwischen Unternehmen, Regierungen und Anwohner/innengemeinden entschieden wird. Hierbei kommt das Centro Integral de Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones (CIADI) zum Zuge, das als Schiedsgericht bei Rechtsstreitigkeiten aktiv wird. Dieser regulative Rahmen und seine Definitionsmacht über den „Rechtszustand“ korrespondiert mit den sogenannten „Gesetzen der ersten Stunde“.²⁰ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der pro *mega-minería* Diskurs – beispielsweise in Form der CEPAL-Verordnung „Area de Recursos Naturales e Infraestructura“²¹ – auf die umfassende Privatisierung des Staates zielt.

Mithilfe zweier Begriffe lässt sich dieser Typus des staatlichen Extraktivismus im Neoliberalismus der 1990er Jahre greifen: Zum einen der des

über einen Zeitraum von dreißig Jahren festgeschrieben und kann damit nicht erhöht werden. Die Unternehmen werden von Einfuhrzöllen für Investitionsgüter befreit, können ihre Kosten für die Umweltauflagen absetzen und sind von Regelungen im Minensektor sowie Verordnungen zum Arbeitsschutz ausgenommen. Die vom Staat erhobene Lizenzgebühr für Abbaurechte ist in Argentinien auf 3 Prozent begrenzt. In Chubut liegt sie bei 2 Prozent des Wertes der aus der Mine geförderten Mineralien, etwa 50 Prozent des angenommenen Wertes der förderbaren Mineralien der Mine kann als Gewinn abgeschöpft werden. Dies wirkt sich nicht auf die Besteuerung des Gewinns aus, sondern hebt lediglich die Kreditwürdigkeit des Unternehmens. Eine Auflistung der Vergünstigungen findet sich unter <http://www.noalamina.org>, letzter Zugriff: 14.11.2014. Siehe ebenso den Bericht „Mito 6. Los beneficios de la minería se quedan en los países donde se extraen los minerales, y las empresas contribuyen con el pago de diferentes impuestos“. In *Voces de Alerta* (2011: 43-58).

20 Unter den wichtigsten Verordnungen und Gesetzen, die diesbezüglich zwischen 1993 und 2001 in Argentinien verabschiedet wurden, finden sich unter anderem: Ley 24.196 de Inversiones Mineras (April 1993); Ley 24.224 de Reordenamiento Minero (Juni 1993), Ley 24.227 de creación de la Comisión Bicameral de Minería (Juli 1993), Ley 24.228 de ratificación del Acuerdo Federal Minero (Juli 1993), Ley 24.402 Régimen de Financiación e IVA para minería, Ley 24.466 Banco Nacional de Información Geológica (April 1995), Ley 24.498 Actualización del Código de Minería (Juli 1995), Ley 24.523 Sistema Nacional de Comercio Minero (August 1995), Ley 24.585 Impacto Ambiental (November 1995), Tratado de Integración y Complementación Minera Chile–Argentina (Juli 1996), Ley 25.161 Valor Boca Mina (Oktober 1999), Ley 25.429 de Actualización Minera (Mai 2001). Neben diesen Gesetzen wurden auf nationaler wie regionaler Ebene unzählige Verordnungen und Richtlinien erlassen, einschließlich eines Abkommens mit Chile über die Ausbeutung von grenzüberschreitenden Lagerstätten wie etwa des Pascua Lama. Für ein umfassendes Bild siehe Svampa/Bottaro/Álvarez (2009).

21 Vgl. http://www.cepal.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/drni/agrupado-res_xml/aes14.xml&xsl=/agrupadores_xml/agrupa_listado.x, letzter Zugriff: 14.11.2014.

„meta-regulierenden Staates“ (*Estado meta-regulador*) (vgl. de Sousa Santos 2007) und zum anderen der des „technisch-administrativen Staates“ (*Estado técnico-administrativo*) (vgl. Lewkowicz 2004). Es ist diese Neuausrichtung von Staatlichkeit, die eine Zweiteilung der Rechtsfiguren in „Nutznießer“ (*superficiario*) und „Begünstigte“ (*beneficiario*) an den Bodenschätzen generiert, welche ihrerseits wiederum den regulativen Rahmen setzt. Der Staat weist sich damit selbst die Rolle des reinen Administrators und Verwalters bei der Abtretung der natürlichen Ressourcen zu, was einer Untergrabung seiner eigenen Souveränität gleichkommt. Im Fall der Mine Pascua Lama nimmt diese Verschiebung dramatische Ausmaße an. Pascua Lama ist das weltweit erste binationale Minenprojekt in dem die beteiligten Staaten – Argentinien und Chile – ihre Souveränität über das Territorium zu Gunsten eines „dritten Staates“, der Barrick Gold, Corp., abgetreten haben. Barrick ist eines der größten Unternehmen in der Goldförderung weltweit und wird mit kanadischem Kapital betrieben.²²

Etwa fünf Jahre nach der Verabschiedung der Gesetzespakete zur Liberalisierung des Bergbausektors, wurde der zuvor beschriebene sogenannte „Kulturwandel“ im Bereich des transnationalen Bergbaus strategisch implementiert. Dies ging einher mit der Einrichtung von Organisationen, die eben diesen „Kulturwandel“ auf globaler Ebene repräsentieren. Der gesamte Prozess wurde von internationalen Finanzinvestoren gestützt. In Argentinien führte dieses Szenario der Gesetzgebung 1994 zu einer strategischen Verfassungsreform. Diese wies auf der einen Seite die Verantwortung für die Bodenschätze den Provinzen zu, was das Zusammenspiel der Bergbauunternehmen mit den lokalen Regierungen und der Justiz vereinfachte. Auf der anderen Seite wies sie der Figur *des Konsumenten/der Konsumentin* den gleichen juristischen Status wie dem Bürger/der Bürgerin (*ciudadano*) zu. Für Lewkovitz (2006) bestand darin die Essenz der Reform der 1990er Jahre. Der Markt sicherte sich damit seinen Platz im Inneren des Nationalstaates selbst, was ohne Umschweife die Auflösung

22 Das von und für Barrick privatisierte Gebiet befindet sich in einer Gletscherregion der Andenkordillere zwischen Chile und Argentinien. Das binationale Pascua Lama Projekt steht am Anfang des Abkommens über Minengeschäfte zwischen beiden Ländern, welches in der Zwischenzeit durch ergänzende Artikel erweitert wurde. In seiner jetzigen Form gibt es die Kordillere für die Ausbeutung durch transnationale Bergbauunternehmen frei, was auch die Wasserreservoirs einschließt, die das andine Ökosystem regulieren und zahlreiche Flüsse speisen.

staatlicher Prinzipien oder zumindest der Imaginarien von Staatsbürgerschaft und Rechtsstaat impliziert.

Chronotopie der globalen Szenarien

Die deregulierte *mega-minería* mit ihren toxischen hydro-chemischen Verfahren befindet sich in Argentinien auf einem immer schnelleren Vormarsch von den Bergrücken der Anden in die tiefer gelegenen Regionen des Landes. Wie auch in verschiedenen anderen Regionen Lateinamerikas und der Karibik zu beobachten ist, wird diese Form des Bergbaus sukzessive auf das ganze Land ausgeweitet.²³

23 Die Zeitschiene wie auch die räumliche Dimension des globalen Expansionsprozesses der *mega-minería* weisen Besonderheiten auf, die es zu beachten gilt. Auf der einen Seite muss bezüglich der einzelnen Länder differenziert werden. So unterscheiden sich die Szenarien etwa zwischen Staaten, in denen bereits ein großer Bergbausektor besteht – wie in Chile, Bolivien und Peru, und Staaten, in denen die massive Ausweitung des Bergbaus jüngeren Datums ist und sich konfliktiver gestaltet – wie etwa in Costa Rica, Ecuador und Argentinien. Zu letzterer Gruppe ist seit kurzem auch Uruguay zu zählen, wo der Versuch unternommen wird, das dortige Aratirí Vorkommen auszubeuten. Auf der anderen Seite gibt es – wie etwa im argentinischen Fall – bezüglich der Chronologie und Kartographie der Ausbreitung der *mega-minería* in den jeweiligen Provinzen eine Reihe unterschiedlicher Faktoren und Bedingungen, die den sozialen Widerstand gegen die Minenprojekte beförderten oder behinderten. Ebenso hing die Möglichkeit, die Pläne der Regierung für den Bergbausektor auf die öffentlichen Agenden zu setzen, von regional sehr diversen Grundvoraussetzungen ab. Für einen diesbezüglichen Überblick für Argentinien siehe Svampa/Antonelli (2009) und Voces de Alerta (2011). Im Jahr 2010 wird das Szenario in Argentinien durch die enorme Reichweite und Geschwindigkeit der Implementierung des Extraktivismus bestimmt. Rodríguez Pardo zählt: „[...] 74 Bergbau-Großunternehmen, zum größten Teil britisch und kanadisch, 165 Minenprojekte warten 2010 auf das grüne Licht für die Bewilligung ihrer Erkundung, Erhebung, Konstruktion und Ausbeutung. 66 dieser Projekte liegen in Jujuy, Salta, Catamarca und la Rioja, 43 in San Juan, San Luis, Mendoza y Neuquén, und 56 in Santa Cruz, Chubut und Río Negro. Neben diesen Projekten finden tausende Probebohrungen und -grabungen statt, um Mineralienvorkommen in riesigen Gebieten zu prospektieren/erforschen und zu quantifizieren und auf ihre Ausbeutbarkeit zu untersuchen. Hierbei wird nahezu in einem rechtsfreien Raum agiert. Dies lässt erschauern, da es den Beginn einer kommenden Verwüstung der Umwelt darstellt. Ausgehend von den bisherigen Berichten über die Auswirkungen dieser Form des Bergbaus auf die Umwelt, können wir damit rechnen, in Mondlandschaften leben zu müssen. Die Auswirkungen wären riesige Gebiete übersät mit hunderten von Kratern von vier Kilometern Durchmesser und 700 Metern Tiefe, die im Fachjargon ‚open pit‘ ge-

Diese seit den 1990er Jahren uneingeschränkte und ungebrochene Vorherrschaft des Extraktivismus stellt heute einen der klarsten soziopolitischen Widersprüche Lateinamerikas und auch Argentiniens dar. Denn der Gründungsmythos und Ausgangspunkt der sogenannten wirtschaftspolitischen „Rückausrichtung auf die Primärgüter“ (*fundación de la reprimarización*), in den sich auch die *mega-minería* einschreibt, ist weiterhin wirkmächtig. In Argentinien stellt sie seit 2004 per Dekret Néstor Kirchners (2003-2007) gar erklärte Staatspolitik dar. Die Regierungen Nestor Kirchners und später Cristina Fernández de Kirchners haben, obwohl sie zur „Neuen Linken“ in Lateinamerika gerechnet werden, unter dem Motto des „öffentlichen Interesses“ eine klar am extraktivistischen Modell orientierte Politik verfolgt. So wird die staatsrechtliche Leitlinie vorgegeben, den öffentlichen Verwaltungsapparat in den Dienst der transnationalen Bergbauunternehmen zu stellen und eine dem Bergbau zuträgliche Rechtssituation zu schaffen. Im Endeffekt handelt es sich dabei auf der Ebene der nationalen Politik um die Legalisierung eines produktiven Modells – juristisch, wissenschaftlich-technisch, wie soziokulturell – das von den in den 1990er Jahren implementierten Normen ausgeht. Somit wird die definitive Implementierung und Sichtbarmachung der *mega-minería* als zentrales Wirtschaftsprofil eines Landes angestrebt, das auf keine nennenswerte Bergbaugeschichte und -Identität zurückblicken kann.

annt werden. [...]“ Siehe Rodríguez Pardo „Un año de conflictos mineros“, *Crítica*, 4 Februar, zitiert nach Antonelli (2010, 59).

Um einen Eindruck zu gewinnen, sei auf den Geologen Dr. Carlos Seara hingewiesen, der davon ausgeht, dass sich die durchschnittliche Höhe der argentinischen Andenkordillere um 500 Meter absenkt, würden die bis ins Jahr 2009 vom Bergbauministerium bewilligten Minenprojekte in die Tat umgesetzt. Als die Präsidentin Fernández de Kirchner ihr Veto gegen das von beiden Parlamentskammern angenommene Gesetz zum Gletscherschutz einlegte, trat das Thema *mega-minería* in Medien und Politik in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Entscheidung Kirchners wurde als „Veto Barrick“ bekannt und auf den durch das kanadische Bergbauunternehmen Barrick Gold ausgeübten politischen Druck zurückgeführt. Barrick betreibt in Gletscherzonen der Andenkordillere die Mine Veladero und ist in das dort geplante Projekt Pascua Lama eingebunden. Die Lobbyarbeit des Unternehmens wurde im Bereich der nationalen Exekutive durch den Gouverneur der Provinz San Juan, in der beide Projekte liegen, unterstützt und verstärkt. Dabei muss erwähnt werden, dass Gouverneur José Luis Gioja und seine beiden Brüder während der Präsidentschaft Carlos Menems (1989-1999) als Abgeordnete und Mitglieder der Kommission für Bergbau an der Ausarbeitung der heute gültigen Gesetzgebung für den Bergbau beteiligt waren, durch die der Staat seine Souveränität über die kontinentalen und maritimen Bodenschätze aufgegeben hat (Svampa/Antonelli 2009).

Das diesbezügliche normative Universum beschränkt sich dabei nicht auf das reine Verabschieden von Rahmengesetzen, sondern schließt auch Urteile zum Schutz der Interessen der Unternehmen in verschiedenen Rechtsstreitigkeiten mit ein.²⁴ In diesem Sinne muss die juristische Dimension, der eine Schlüsselrolle bei der Implementierung des „Argentiniens der Minen“ zukommt, berücksichtigt werden. Denn sie garantiert nicht nur die bereits etablierten rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern formuliert neue Normen für ihre Anwendung und sichert damit derzeit die Privilegien und Vorteile der *mega-minería* über die Rechtsprechung ab. Denn Richter wenden Gesetze nicht lediglich eindimensional an, sondern interpretieren diese, und ihre Urteile sind damit Teil einer effektiven Praxis der Rechtsprechung (Lyons 1989). Durch seinen restriktiven Charakter stellt das Rechtswesen demnach den langen Arm des Staates für die Deaktivierung kritischer Diskurse und die Demarkation von Dissidenten in den verschiedenen Rechtsgebieten und Institutionen dar. So können soziale Kontrolle ausgeübt und Nachbarschaft- und Anwohner/inneninitiativen kriminalisiert werden, die gegen die Ausweitung der *mega-minería* mobilisieren. Im Besonderen werden indigene Gemeinschaften unterdrückt, die ihre Territorien verteidigen. Diese repressive Funktion geht einher mit undurchsichtigen Neuordnungsprozessen im territorialen²⁵ und infrastrukturellen Bereich, bei denen sich die Ungereimtheiten bei der Verwendung von Finanzmitteln und der Ausschreibung von Aufträgen häufen. So profitieren hier in erster Linie Firmen aus dem Regierungsumfeld, bestimmte Posten in den anvisierten Budgets sind keiner klaren Funktion zugewiesen und dergleichen. In viele dieser Abläufe ist das Ministerio de Planificación Federal e Inversión Pública involviert, dem unter beiden Regierungen Kirchner der gleiche Minister vorstand.

Auch das Wissenschaftssystem und die Universitäten sind ein Bereich, in dem der Staat in besonderem Maße das Vordringen der transnationalen Bergbauunternehmen ermöglicht hat. Hierfür ist in erster Linie eine drastische Politik der Kommerzialisierung von Wissensbereichen verantwort-

24 Über das „Gletscher-Gesetz“, die diesbezüglichen Prozesse, Szenarien und Auswirkungen auf Regierungshandeln siehe unter anderem „Declaración. Defendamos nuestra fábrica de agua. Diez razones para apoyar la ley de glaciares sancionada por la Cámara de Diputados“ in *Voces de Alerta* (2011: 162-165).

25 Die derzeitige Strategie zur Einführung der *mega-minería* in der Provinz Chubut in Patagonien ist die gebietskörperschaftliche Neuordnung nachdem sich die Bevölkerung 2003 in einem Plebiszit mit 81 Prozent Stimmenanteil gegen die Bewilligung von Bergbau-Großprojekten ausgesprochen hatte. Siehe Marín (2009).

lich, die die soziale Verantwortung, öffentliche Expertise und die Ausrichtung der Universitäten auf das Gemeinwohl einschränken. Die den Interessen der Unternehmer/innen dienende Marktlogik existiert im Bildungsbereich seit den 1990er Jahren, ist aber weiterhin und auf verstärktem Druck von Wirtschaftsverbänden hin auf dem Vormarsch (Antonelli 2010). Besonders die Kooptierung von Expert/innen, Techniker/innen und Akademiker/innen durch die *mega-minería* verdient genauere Betrachtung. Auf diese Weise soll zum einen die Legitimität von Bergbau-Großprojekten erhöht werden, indem von verbesserter „Risikokontrolle“ und den „positiven Auswirkungen auf das ökonomische Wachstum“ die Rede ist. Zum anderen stehen besonders die soziale Kontrolle, die Demobilisierung von Widerstand und die Unkenntlichmachung von Menschenrechtsverletzungen im Fokus dieser Politik der Kooptation. Denn mit ihrer Hilfe lässt sich die „Autorität“ des an den Interessen der Bergbauunternehmen ausgerichteten legislativen Rahmens durchsetzen.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass das extraktivistische Modell nicht „das Schicksal Argentiniens“ oder gar Lateinamerikas ist, sondern eine politische Entscheidung. Und über diese politische Weichenstellung wurde bisher jegliche kritische Debatte verhindert, die über das dem derzeitigen offiziellen politischen Diskurs innewohnende Credo der „Rückkehr des Staates“ nach der „schrecklichen Dekade“ des Marktliberalismus der 1990er Jahre hinausgeht. Auch wenn zwischen den argentinischen Regierungen der 1990er und 2000er Jahre keine generelle Kontinuität besteht, so muss was die *mega-minería* betrifft, doch festgestellt werden, dass sich ausschließlich der Fortbestand und die Vertiefung der in den 1990er eingeschlagenen Weichenstellung beobachten lässt.

Asymmetrische Konflikte, ungleiche Wahrheiten

In Argentinien entwickelte sich im Zuge der Ausweitung des Extraktivismus ein vielfältiges und aktives Feld von Bürgerinitiativen, Expert/innen und Organisationen, die die Folgen und Schäden der *mega-minería* dokumentierten. Dabei wurde der Fokus auch auf den in erster Linie transnationalen Charakter dieses Wirtschaftssektors gelegt,²⁶ sowie auf die Art und

26 Derzeit organisieren sich die Großunternehmen im Bergbausektor, welche weltweit den Raubbau an Bodenschätzen betreiben, in Argentinien in einem Anfang der 1990er Jahre gegründeten Verband mit dem unscheinbaren Namen Cámara

Weise, wie dieser durch den Nationalstaat und die Provinzen strategisch unterstützt wird.

Dieses Wissen wurde wiederum zu einem schlagkräftigen sozialen Mechanismus des Widerspruchs gegenüber den hegemonialen Stimmen des Diskurses. Zuerst richtete sich die Kritik gegen die Selbstbezeichnung der transnationalen Großunternehmen als *minería* („Bergbau“), ist dieser Begriff in Argentinien doch traditionell mit dem durch kleine und mittlere Unternehmen betriebenen Abbau von Baustoffen (Sand, Kies, Stein etc.) verbunden. Es sollte deutlich gemacht werden, dass die Abbauprozesse der *mega-minería* stattdessen die Sprengung ganzer Berge und das Auswaschen des Metalls aus den Gesteinsbrocken mit hochgiftigen chemischen Substanzen bedeuten, wodurch sich ganze Berge, Hügel und Hochebenen absenken. Ebenso sollte gezeigt werden, dass dies in einer Dimension betrieben wird, die einen Verbrauch von Süßwasser und Energie nötig macht, der den Bedarf der Bevölkerung um ein Vielfaches übersteigt.²⁷

Dieses gigantische Ausmaß des Bergbaus und die dafür notwendigen Technologien und Verfahren generieren weitreichende Folgen für die Ökosysteme, die öffentliche Gesundheitsvorsorge und den Bereich des Kulturerbes. Darüber hinaus wirkt sie sich auch negativ auf die lokale

Wirtschaft in den Abbauregionen aus, während auf der anderen Seite gleichzeitig extreme Profite mit endlichen natürlichen Ressourcen erzielt werden. Diese Spielart des Extraktivismus, die des massiven Einsatzes von Natur bedarf, hat besonders in zwei Bereichen drastische Konsequenzen.²⁸

Argentina de Empresarios Mineros, was fälschlicherweise auf die bereits zuvor bestehende mittlere und kleinere nationale Bergbauindustrie verweist.

27 Es ist schwer einzuschätzen, wie viel Wasser und Energie von der *mega-minería* verbraucht werden. Horacio Machado Aráoz von der Universidad Nacional de Catamarca, und Stipendiat der CLACSO, bestätigt, dass Minera Alumbra – das erste in Argentinien ab 1997 ausgebeutete Goldvorkommen – von der Regionalregierung in Catamarca die Erlaubnis erhielt, bis zu 1200 Liter Wasser pro Sekunde zu fördern (was in etwa 100 Millionen Liter pro Tag entspricht). Dieses Wasser wird einem natürlichen unterirdischen Speicher in einem Naturschutzgebiet entnommen. Die Mine liegt in einer ariden und semi-ariden Region der Andenkordillere. Im Jahr 2003 verbrauchte die Mine 764,44 Gigawatt, was 170 Prozent des gesamten Energieverbrauchs der Provinz Catamarca und 87 Prozent der Provinz Tucumán entspricht (Machado 2009: 221-225).

28 Auch wenn dieser Artikel den Fokus auf die erzabbauende *mega-minería* legt, bleibt zu erwähnen, dass gleiches auch für den Abbau von Kalium, Uran und Lithium zutrifft. Gerade im Bereich der noch jungen Lithiumförderung bleiben Hintergründe und Auswirkungen des Abbaus im Dunkeln.

Auf der einen Seite hängen diese Folgen mit der irreversiblen Verschmutzung des Wassers, des Bodens und der Luft und der unumkehrbaren Schädigung der Biodiversität zusammen. Diese lassen sich nicht – wie im Diskurs der Unternehmen kolportiert – „beheben“ oder „abschwächen“. Auf der anderen Seite produzieren die Folgen enorme ökonomische Kosten. Denn hunderttausende Tonnen mit Chemikalien versetztes Gestein und offene Tagebau-Bergwerke, die permanent Schadstoffe freisetzen, stellen in Zukunft ein massives Problem dar. Die damit zusammenhängenden „Kosten“, nicht zuletzt für das Gesundheitssystem, das die Versorgung der in Folge des Bergbaus erkrankten Menschen garantieren muss, fallen der öffentlichen Hand anheim.²⁹

In diesem Sinne ist die Unumkehrbarkeit dieser Form des Bergbaus der Ausgangspunkt für den sozialen Widerstand und die Wertedebatte, die den Konflikten zugrunde liegt. Zum einen stellt der Extraktivismus ein breit angelegtes Unterfangen zur Kontrolle von Territorien dar. So strebt die *mega-minería* zusammen mit anderen extraktiven Wirtschaftsformen wie der Gas- und Ölförderung und den landwirtschaftlichen Monokulturen der Soja-, Palmöl-, und Holzproduktion eine Umgestaltung der Raumordnung in der Region an.³⁰ Diese überschreitet die politischen und geographischen

29 Der von den Unternehmen etablierte Diskurs folgt dem Anschein nach der Prämisse: „Derjenige der verschmutzt, muss zahlen.“ Dieser Grundsatz wird auch von den staatlichen Funktionär/innen gegenüber Kritiker/innen der *mega-minería* öffentlich vertreten. Damit ignorieren sie auf zynische Weise das Umweltrecht und seine an der Generationengerechtigkeit orientierten Prinzipien der Vorsicht bei Eingriffen in die Umwelt und der Prävention. Denn die tatsächlichen Auswirkungen der *mega-minería* sind nicht zu leugnende Umweltschäden. Als einfaches Beispiel können die derzeit umgesetzten Pläne für den Umgang mit Umweltschäden gelten (PASMA, Planes para el Manejo de Pasivos Ambientales). So werden in der gleichen Logik die „Kosten des Bergbaus“ durch den Staat „internalisiert“, obwohl die ihnen zugrunde liegenden Schäden als unumkehrbar betrachtet werden müssen. An fünfter Stelle der Prioritätenliste zum Thema „Gesundheit und Kindheit“ steht die Behandlung von Kindern mit Bleivergiftung in der Provinz Jujuy im Norden Argentiniens. 81 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Blei im Blut wurden durch eine Mine in Abra Pampa in dieser Provinz vergiftet. Siehe hierzu den Informe Cátedra UNESCO en Sostenibilidad, Universidad Politécnica de Cataluña, in Antonelli (2010a).

30 In Lateinamerika und der Karibik finden sich 25 Prozent der weltweiten Waldfläche und 40 Prozent der Biodiversität. Darüber hinaus liegen etwa 30 Prozent der Reserven zum Beispiel an Kupfer und Silber auf dem Kontinent. „Im Boden Lateinamerikas befinden sich 27% der Kohlereserven, 24% der Erdölvorkommen, 8% des Erdgases und 5% des Urans. Und 35% des weltweiten Potentials zur hydraulischen Energieproduktion liegt in den Flüssen des Kontinents.“ Siehe Seoane (2005).

Grenzen der Nationalstaaten. Die sogenannten „Pläne zur territorialen Neuordnung“ stehen somit im Kontext einer auf die Produktion und den Abbau von Primärgütern und damit auf die Ausbeutung der Natur ausgerichteten Wirtschaft. Die „Initiative für eine überregionale Infrastruktur für Südamerika“ (Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana, IIRSA) bietet eine neue „Kartographie“ des Kontinents an, an der sich eine Zukunftsvision für zwölf lateinamerikanische Länder ablesen lässt. Diese Zukunftsentwurf wird durch den Rückgriff auf Imaginarien der „lateinamerikanischen Integration“, des „Großen Vaterlandes“ (*patria grande*), des Fortschritts, der Entwicklung und der sozialen Inklusion legitimiert (vgl. Antonelli 2009). Mit der Referenz auf diese Imaginarien wird somit erreicht, die Repräsentationen der kollektiven Zeit zu kontrollieren als Teil der „Governmentalisierung“ von Staatsbürgerschaft.

An dieser Stelle kann auf die Rhetoriken dieses Diskurses nicht im Detail eingegangen werden. Es bleibt aber zu rekapitulieren, dass mit ihrer Hilfe versucht wird, eine Fiktion von kontinentaler Einigkeit herzustellen. Diese stellt die Gegenwart als „Zeit des Übergangs“ zu einem allgemeinen und homogenen Fortschritt dar, in dessen Zuge das Wirtschaftswachstum über den sogenannten *trickle-down* Effekt allen zu Gute komme. Innerhalb dieser Zukunftsvision werden – was nicht weniger beunruhigend ist – regionale Asymmetrien negiert. So deutet die Ausweitung der Vorherrschaft Brasiliens in der Region, die sich in der Kontrolle der Rohstoffvorkommen anderer Länder widerspiegelt, darauf hin, dass von einer gemeinsamen Identität, Symmetrie und Bruderschaft in Lateinamerika keine Rede sein kann. So lässt sich etwa die Abwesenheit Brasiliens wie auch Chinas im CIADI als Indiz dafür deuten, dass die Rolle Brasiliens in Lateinamerika den Charakter eines regionalen Imperiums annimmt.

Nach Arias Toledo (2009) bilden die multilateralen Finanzorganisationen Banco Interamericano de Desarrollo (BID), Corporación Andina de Fomento (CAF) und Fondo Financiero para el Desarrollo de la Cuenca del Plata (FONPLATA) zusammen mit den beteiligten Staaten die IIRSA. Die IIRSA wurde, wie aus deren offiziellen Berichten hervorgeht, im Jahr 2000 auf dem Ersten Gipfeltreffen der Präsidenten Lateinamerikas in Brasília gegründet. Ausgehend von den auf dem Treffen gefassten Beschlüssen wurde ein Arbeitsplan mit dem Titel „Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana. Conceptos básicos y lineamientos estratégicos“ aufgestellt, der als Referenzrahmen für die Aktivitäten der Organisation dient (Bericht der BID 2003: 1; in Toledo 2009: 110). Wie aus der Webseite der IIRSA hervorgeht, sind folgende Staaten Teil

der Initiative: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Guyana, Paraguay, Peru, Surinam, Uruguay und Venezuela.

Um nachvollziehen zu können, welchen realen Gehalt der Begriff „Lateinamerika“ hinsichtlich der „Inwertsetzung“ seiner Räumlichkeit (*espacialidad commoditizada*) hat, ist es nötig, den südamerikanischen Raum, den die IIRSA entlang multinationaler Linien gefasst hat, geographisch zu kontextualisieren. Diese „Linien“ werden von der IIRSA „Integrations- und Entwicklungsachsen“ (Ejes de Integración y Desarrollo, EID) genannt,³¹ und implizieren einen weitreichenden und drastischen Umgestaltungsprozess des Raumes.

Dies schließt auch eine Neuordnung des existierenden physischen Raumes mit ein. Für Mara Rodríguez e Iván Alvarenque (2006) bedingt diese Form der Integration einen tiefgreifenden Verlust von kultureller und biologischer Diversität wie auch die „Emigration und spätere Agglomeration von Menschen in den großen urbanen Zentren, die Ausweitung von Armenvierteln in denselben und die steigende Ungerechtigkeit in Umweltfragen“ (2006: 6). Dies seien

einige der Symptome, die über unsere Form zu leben und zu handeln Auskunft geben. Es besteht kein Zweifel, dass diese Entwicklungen die Folge einer Politik sind, die eine neue Ordnung aufstellt und neue Formen des menschlichen Seins und Zusammenlebens rahmt (2006: 6).

31 In diese neu gezeichnete Landkarte werden eine Vielzahl von „Achsen“ der wirtschaftlichen Rückausrichtung auf den Primärsektor eingeschrieben: Anden-Achse; Südliche Anden-Achse (vom Norden bis Süden Argentiniens und Chiles); Amazonas-Achse (über Kolumbien, Ecuador, Peru und Brasilien); Steinbock-Achse (entlang der Städte Antofagasta in Chile, Jujuy in Argentinien, Asunción in Paraguay und Porto Alegre in Brasilien); Achse des Guayana-Schildes (über Venezuela, Brasilien, Surinam und Guyana); Achse des Wasserweges von Paraguay-Paraná; Zentrale interozeanische Achse (über Brasilien, Bolivien, Paraguay, Peru und Chile); Mercosur-Achse (Chile); Achse Peru-Brasilien-Bolivien und Südachse (von Talcahuano-Concepción in Chile nach Neuquén-Bahía Blanca in Argentinien). Die einzelnen Achsen wiederum werden in Teilräume je nach Entwicklungsstand untergliedert. Danach wird festgelegt, welche Projekte für welchen Typus von Teilraum „notwendig“ seien. Die Projekte unterteilen sich dabei in sieben sektorale Integrationsprozesse, die zusammen mit den EIDs versprechen, die „Hindernisse für Entwicklung zu beseitigen und die Infrastruktur effizient für die Integration der Region einzusetzen.“ Alle in den verschiedenen Achsen umgesetzten Projekte zielen auf die Umsetzung dieses Programms. In diesem Sinne konstituieren die Ejes de Integración y Desarrollo die neuen Grenzen, welche die bis dahin gültigen Limitierungen von nationaler Souveränität und nationalem Territorium ersetzen (Toledo 2009, 103-119).

Diese geopolitische Strategie (Aguilar/Ceceña/Moto 2007) entwirft ein Lateinamerika entlang von Strömen und Kreisläufen *inwertgesetzter* Natur und zeichnet eine Zukunftsvision für den Kontinent, die diesen zu einem Exporthafen für die schmutzigen Technologien des Nordens macht und damit die Lebensumstände seiner Bewohner/innen in Mitleidenschaft zieht. Sie benötigt auf der lokalen wie nationalen Ebene eine betrügerische politische Rhetorik, mit deren Hilfe die systemische Dimension der angestrebten Reformen und die mit diesen einhergehende, steigende öffentliche Verschuldung und weitreichende Einschränkung der territorialen Souveränität verschleiert werden können. Der Diskurs der IIRSA wird daher nahezu ausschließlich von Vertreter/innen der involvierten Geldgeber/innen geführt, welche Informationen über die Initiative zurückhalten. Daher stellt es sich oftmals als äußerst schwierig dar, die Etappen und Projekte der Initiative im Detail zu identifizieren, zu lokalisieren und zu untersuchen. Dieser Umstand kann als Ausdruck für die Kontrolle der öffentlichen Information und des Rechtssystems durch die *mega-minería* und die ihr zuarbeitenden Organisationen gewertet werden – ein für das Modell des Extraktivismus typischer Aspekt.

Um die verschiedenen Phasen der territorialen Intervention der *mega-minería* zu rechtfertigen, rekurrieren die staatlichen Administrationen und die beteiligten Organisationen regelmäßig auf im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verankerte Themen, Bilder und Symbole. Sie zielen dabei auf die soziokulturellen und historischen Imaginarien und Erwartungen der Bevölkerung in der von den Arbeiten betroffenen Regionen. So werden die Infrastrukturprojekte etwa von Funktionär/innen verschiedener Gebietskörperschaften rhetorisch als Erfüllung von bisher verwehrteten Versprechungen und Träumen dargestellt, etwa der Anbindung von ländlichen Gebieten an die Stadt, neuen Verbindungslinien zu weit entfernten Zentren, der Revitalisierung und Entwicklung der Gemeinden, etc. Hinsichtlich der Logik der Macht und aus Sicht der Regierung reicht der Rückgriff auf diese Art von Imaginarien aber nicht aus, um der Mobilisierung und dem Widerstand der Bevölkerung gegen geplante Infrastrukturprojekte erfolgreich zu begegnen. Denn diese begehrt, sobald sie der Ausmaße und Nebenfolgen der Baumaßnahmen gewahr wird, auf. Besonders bei Staudammprojekten und dem Bau von Überlandstraßen setzt sich die lokale Bevölkerung zur Wehr,³² wobei die diesbezüglichen Rechts-

32 In einigen bedeutenden Fällen sind Staudammprojekte durch den Widerstand der Bevölkerung verhindert worden. Ein Beispiel ist das geplante und dann nicht gebaute Wasserkraftwerk Belo Monte in Brasilien, dessen Staubecken eine größere

streitigkeiten und die anschließende Kriminalisierung der Anwohner/innen in vielen Fällen der Region, wie etwa in Chile, Bolivien und Argentinien, sichtbar werden.

Die Vision der IIRSA zur physischen Integration Südamerikas zielt auf die Sicherstellung und Optimierung der Produktivität sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Region auf den internationalen Rohstoffmärkten und im globalen Finanzsystem. Damit stellt sie ein breitangelegtes koloniales Unterfangen dar, gegen das sich in jüngster Vergangenheit eine Vielzahl von Gemeinschaften und Dörfern zur Wehr gesetzt haben und dessen Konfliktpotenzial auf strategische Weise unsichtbar gemacht wird. Dieses Szenario scheint im Hinblick auf derzeitige Regierungen in der Region, die eine hohe Legitimität genießen, paradox. Denn die von eben diesen Regierungen vorangetriebene, extraktivistische Politik bricht sich mit ihren „progressiven“ Diskursen. So folgt etwa die argentinische Regierung dem Leitsatz *nacional y popular* – was sich in etwa mit „national und an den Interessen des Volkes orientiert“ übersetzen lässt – Evo Morales in Bolivien führt den Diskurs der „Mutter Erde“ (*Pachamama*) und der „Ethnizität der Macht“ (*etnicidad al poder*) und die Regierung Correa in Ecuador setzt auf das Konzept des *Buen Vivir* (das Gute Leben), das sie als Grundsatz in die nationale Verfassung schreiben ließ (Gudynas 2009, Acosta 2009). Daher gilt es, die Imaginarien der „Emanzipation“, der „Integration“ und der „Bruderschaft“, die sich in das kollektive Langzeitgedächtnis und die kulturellen Repräsentationen eingeschrieben haben und den verschiedenartigen aktuellen „Lateinamerikanismen“ zugrunde liegen, zu dekonstruieren. Dies bedeutet, die verheißungsvollen Erzählungen einer glücklichen Zukunft zu denaturalisieren, die noch auf den Entwicklungsmodellen der 1970er Jahre beruhen (Antonelli 2008; 2009). So lässt sich die *mega-minería* als Faktor kapitalistischer Akkumulation global wie regional sichtbar machen und es kann über Auswege aus diesem Raubtier-Extraktivismus diskutiert werden.

Ausdehnung als der Panamakanal gehabt hätte und dem mindestens 400.000 Hektar Regenwald zum Opfer gefallen wären. 40.000 indigene und nicht indigene Anwohner/innen hätten das Gebiet verlassen müssen und ein Naturraum mit hoher Biodiversität wäre zerstört worden. Die brasilianische Regierung hat den Bau des Staudamms abgebrochen, hat aber ebenso wenig einen Plan zum effektiveren Einsatz von Energie vorgelegt, der die derzeitige Verschwendung von Strom einschränken könnte. Ein anderes Beispiel ist die endgültige Entscheidung gegen den Bau des Wasserkraftwerks Inambari in Peru. Dieses Staudammprojekt hätte voraussichtlich drei Regionen im Süden Perus betroffen: Cusco, Puno und Madre Dios. Dieser Staudamm war eines der Megaprojekte der IIRSA.

Der derzeitige Diskurs der „neuen lateinamerikanischen Linken“ – ein Sammelbegriff mit dem sich auf die Regierungen Ekuadors, Boliviens, Argentiniens Venezuelas und jetzt Uruguays bezogen wird, die sich gegenüber dem ungebremsten Neoliberalismus der 1990er Jahre absetzen – beinhaltet eine Reihe von pseudo-argumentativen Komponenten. So rekurrieren die Regierungen oftmals auf den Begriff der „Produktion“ und den dazugehörigen Sprachkomplex, wobei die Zukunft Lateinamerikas als Lieferant des Nordens gesehen wird. Lateinamerika wird dabei etwa als „Hoffnung der entwickelten Welt“ dargestellt. Oder aber es wird – ausgehend von der weit zurückreichenden Idee eines „mestizischen Amerikas“ (*América mestiza*) – die Vorstellung vertreten, dass auf lange Sicht und Dank der angenommenen „Unerschöpflichkeit“ des natürlichen Reichtums Lateinamerikas eine „nachholende Entwicklung“ umgesetzt werden könne. Letzteres Modell lässt sich in immer stärkerem Maße in Argentinien beobachten. Dieser Gedanke dominierte bereits vor fünfzig Jahren die lateinamerikanischen Nationalismen und wissenschaftlich-technologischen Entwicklungsmodelle.

Die „Hoffnung auf ein Lateinamerika des Extraktivismus für den Norden“ wird zum Beispiel von Evo Morales propagiert.³³ Die Verteidigung des Entwicklungsgedanken, der zuvor abgelehnt und sich nun wiederum über den Neo-Extraktivismus zu eigen gemacht wurde, dominiert dementsprechend auch die Diskurse der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR).³⁴ So lässt sich auch die Schärfe der Reaktion von Vertre-

33 Bei der Verleihung des Ehrendoktors der Universidad Nacional de Córdoba an Evo Morales am 11. Juni 2011 hielt dieser eine Rede, in der er die Rolle der *mega-minería* diskutierte. Dabei forderte Morales nicht die Nationalisierung des Bergbaus sondern unterstrich die Notwendigkeit einer „wissenschaftlichen Solidarität“ für das auf Bergbau beruhende Entwicklungsmodell. So könne die *mega-minería* die interne Entwicklung vorantreiben und gleichzeitig eine Hoffnung für „Europa und den gesamten entwickelten Norden“ darstellen. Dabei ging er nicht mit einem Wort auf die sozialen Konflikte, den wachsenden indigenen Widerstand und die weitreichenden Umweltschäden im Kontext der *mega-minería*, ein. Die Rede ist auf der Seite der Universidad Nacional de Córdoba zu finden: <http://www.unc.edu.ar/seccion/novedades/2011/junio/honoris-causa-a-evomorales-ayma>, letzter Zugriff: 14.11.2014.

34 Die UNASUR beschreibt die eigenen Ziele auf ihrer Webseite folgendermaßen: „Es soll die Entwicklung eines integrierten Raumes in den Bereichen der Politik, der Gesellschaft, der Kultur, der Wirtschaft, des Finanzwesens, der Umwelt und der Infrastruktur angestrebt werden. Dieses Integrationsmodell schließt alle Errungenschaften und Fortschritte des Mercosur und der Andengemeinschaft mit ein, wie auch die Erfahrung Chiles, Guyanas und Surinams. Das übergeordnete Ziel ist die Ermöglichung einer gleicheren, harmonischeren und integrativen

ter/innen der UNASUR einordnen, die im Kontext eines vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Gesetzes zum Verbot des Einsatzes von Zyanid im Bergbau im Mai 2010 von einer „europäischen Verschwörung“ sprachen.³⁵

In Argentinien entstehen derzeit im Kontext dieses Entwicklungsparadigmas legitimierende Lesarten seitens regierungsnaher Intellektueller und Wissenschaftler/innen, die als Wiederaufkommen des sogenannten wissenschaftlichen *desarrollismo*³⁶ gewertet werden können. Dieser schließt, wie sich im März 2011 im Zuge der Nuklearkatastrophe von Fukushima erkennen ließ, die Verbindung der argentinischen Wissenschaft mit der nuklearen Energiegewinnung ein. Die Atomkraftwerke des Landes befinden sich derzeit in erster Linie in der Hand transnationaler Unternehmen und ihrer Tochtergesellschaften. Daneben beinhaltet der argentinische *desarrollismo* die Vorstellung, dass die technische und wissenschaftliche Fortschrittlichkeit Argentiniens einst der Ruhm des Landes gewesen sei, dann aber verloren gegangen wäre und nun wieder gewonnen werden könne. Dieses Imaginarium orientiert sich am Modell Kanadas und seiner

Entwicklung Südamerikas.” <http://www.msal.gov.ar/observatorio/index.php/component/content/article/77>, letzter Zugriff: 14.11.2014. Bezüglich der derzeitigen in erster Linie transnationalen Modelle des Extraktivismus besteht ein weiterer Gegensatz zu den Deklarationen zu einer „Verteidigungsdoktrin für die Region zum Schutz der natürlichen Ressourcen“, die vom Centro de Estudios Estratégicos para la Defensa del Consejo de Defensa Suramericano (CDS) aufgesetzt wurde. Dieser sieht die Doktrin als „ein grundsätzliches Werkzeug zur Unterstützung der UNASUR, unserer Präsidenten und des regionalen Integrationsprozesses“, wie Puricelli erläutert. http://www.ecoportal.net/EcoNoticias/La_Unasur_formula_estrategias_para_proteger_los_recurso_naturales_de_la_region, letzter Zugriff: 14.11.2014.

35 Am 5. Mai 2010 nahm das Europäische Parlament einen Gesetzesantrag (RC-B7-0238/2010) an, auf dessen Grundlage der Bergbau unter Zuhilfenahme von Zyanid in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verboten werden sollte. Die Annahme des Gesetzesantrages wurde von einer klaren, alle politischen Lager übergreifenden Mehrheit des Parlaments gefasst (488 Ja-Stimmen zu 48 Nein-Stimmen und 57 Enthaltungen). Diese Resolution wurde im Parlamentsblatt veröffentlicht, muss aber, um in ein Gesetzgebungsverfahren einzutreten, von der Europäischen Kommission angenommen und an das Parlament zurück überwiesen werden. Die Europäische Kommission ihrerseits wies den Antrag ab. Schon im Vorfeld dieser Ablehnung reagierte UNASUR mit dem Vorwurf, Europa würde mit diesem Antrag konspirativ agieren, fördere es doch nach eigener Aussage die „Entwicklung“ Lateinamerikas.

36 Der Begriff des *desarrollismo* setzt sich aus *desarrollo* für Fortschritt und dem Suffix „-ismo“ zusammen, lässt sich also in etwa als die Lehre oder Ideologie der Entwicklung verstehen.

extraktiven Industrien, welches es aus argentinischer Sicht zu studieren, zu verstehen und nachzuahmen gelte. So könnten Wissenschaft und Technik die entscheidenden Faktoren für die notwendige und mögliche Entwicklung Argentiniens sein, da sich mit ihrer Hilfe der *rohe Reichtum* Argentiniens an Bodenschätzen (Antonelli 2010) für eine nationale Entwicklung instrumentalisieren ließe. Dieses Modell setze seinerseits starke Institutionen – welche der Staat bereithalten müsse – voraus, stieße dabei aber auf breite Zustimmung in der Bevölkerung und wäre letztlich technisch und wissenschaftlich abgesichert. Zu einer kritischen Reflektion dieser Erzählung könnte eine Analyse der Politik und der Strategien Kanadas in Argentinien sowie der Synergien mit den transnationalen Bergbauunternehmen im Bereich der Wissenschaft, der Kultur und der Diplomatie beitragen (Antonelli, 2011).

Wie Gudynas (2009) herausarbeitet, setzen die Regierungen der Neuen Linken – nachdem sie mit dem radikalen Neoliberalismus der 1990er Jahre gebrochen haben – derzeit unter anderem im Bereich der Gas- und Ölförderung und des Bergbaus auf einen extraktivistischen neo *desarrollismo*. Aus einer kritischen regionalen Perspektive schließt diese Phase damit immer noch an den *Raubtier-Extraktivismus* an, innerhalb dessen eine Vermeidung der hiermit einhergehenden Umweltschäden und eine Lösung der provozierten sozialen Konflikte unmöglich sind. Dieser Umstand kann auch nicht durch den Übergang dieses Modells in die Hände demokratisch breit legitimierter Regierungen verändert werden.

Vor Jahrzehnten stellte Michel Foucault die These auf, dass die neue Macht, welche das Territorium erfand, gleichzeitig auch die Mechanismen entwarf, dieses für den Souverän des 16. und 17. Jahrhunderts zu kontrollieren (vgl. Foucault 1982). Dabei bediente sie sich des Wissens der Kartographen, Ingenieure und Geographen, die die biopolitischen Technologien bereithielten und umsetzten. Die Regierungen der 1990er Jahre, welche nicht auf die gleiche bereite symbolische Legitimität der derzeitigen Regierungen zurückgreifen konnten, schrieben sich in diese Neukartierung des Territoriums ein. Es bleibt zu analysieren, wie genau sich die Kontinuitäten und Brüche im Bezug auf die derzeitigen Regierungen in den einzelnen Ländern gestalten. Auf diese Weise ließe sich die fetischisierte Erzählung der 1990er Jahre in Lateinamerika überprüfen.

Kritische Chrono-Kartographien

Die neue Landkarte des Extraktivismus und der *mega-minería*³⁷ zeigt geradezu überdeutlich die der Rückausrichtung der Wirtschaft auf Primärgüter innewohnende Gewalt auf. Diese Gewalt ist Teil des aktuellen Kapitalismus, der auf dem Abbau von nicht erneuerbaren Ressourcen beruht. Wie Harvey (2004) beschrieben hat, zeichnet dieser sich durch die „Akkumulation durch Enteignung“ aus und findet in der Rationalität des Technischen und Wissenschaftlichen den Zugang zur materiellen und ökonomischen Dominanz. Dies bedeutet die Technologisierung der faktischen Herrschaft über Territorien im Sinne der Logik des Marktes.

Ein großer Teil die Autorität und Legitimität dieses drastischen Prozesses der Instrumentalisierung der Natur und der Entfaltung des biopolitischen Dispositivs liegt eben genau in dieser Rationalität begründet, die dem Raubbau an der Natur ein langes Leben voraussagt. Denn diese zerstörerische Rationalität beruhigt die öffentliche Meinung und den Gemeinsinn, indem sie auf Glaubenssätze und Imaginarien rekurriert, die tief in das Erbe der westlichen Modernisierung und die neuen Mythen des Fortschritts eingeschrieben sind und wie Phantome den Diskurs des Kapitals bevölkern und durchwandern.³⁸

37 Wir schließen uns hier der Definition Gudynas' an, für den diese Bezeichnung in weitem Sinne für „[...] die Aktivitäten steht, die große Mengen von natürlichen, unverarbeiteten [und begrenzten] Ressourcen bewegen, um diese zu exportieren.“ Auch wenn er davon ausgeht, dass derzeit in Lateinamerika ein „neuer Extraktivismus“ vorherrscht, weist er darauf hin, dass dieser „[...] ein Entwicklungsmodell verfolgt, das auf der Aneignung von Natur basiert, welche ein Geflecht von wenig diversifizierten Produktionszweigen antreibt, und stark abhängig von der internationalen Nachfrage nach Rohstoffen ist. Auch wenn der Staat dabei eine zentrale Rolle spielt und über Umverteilung eines Teils der Überschüsse einen höheren Grad an Legitimität herstellt, wiederholen sich doch die negativen Auswirkungen dieses Modells auf Natur und Gesellschaft.“ (Gudynas, 2009a: 188) (Übersetzung: MB).

38 Zwar befinden sich ein großer Teil der in Lateinamerika aktiven transnationalen Bergbauunternehmen in kanadischer Hand – in Argentinien mehr als 60 Prozent – oder diese haben ihren Sitz in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, China und seit Neuerem auch Indien und den Arabischen Emiraten. Europa hat demgegenüber jedoch einen entscheidenden Einfluss auf das globale Finanz- und Bankensystem. Die größten Investoren – die die Rentabilität ihrer Investitionen einschätzen und voraussagen – waren zwischen 2000 und 2006 in US Dollar: Crédit Suisse mit 14,477 Milliarden, ABN Amro, mit 14,306 Milliarden, die Deutsche Bank mit 13,232 Milliarden, BNP Paribas mit 12,245 Milliarden, Société Générale mit 11,150 Milliarden, die Royal Bank of Scotland (RBS) mit 7,132

Die *mega-minería* zeigt damit nicht nur eine monokulturelle Tendenz, sondern nimmt in ihren extremsten Ausdrucksformen einen totalitären Charakter an. Dies zeigt sich in Peru, wo die Aktivitäten des Unternehmens Xstrata, des Mehrheitseigners der Mine Bajo La Alumbra, ³⁹ die Umwelt derartig verschmutzt und die Gesundheit der Anwohner/innen in einem Ausmaß beeinträchtigt haben, dass drei Städte in dem Abbaugelände für unbewohnbar erklärt werden mussten. Es entstanden also *sozial zu leerende Räume*, die sich auch als *geopferte Territorien* beschreiben lassen (Svampa 2008) und deren Bewohner/innen per Gesetz *umgesiedelt* wurden (Antonelli 2010). Territorium und Territorialität stehen damit im Zentrum der Konflikte und bilden die Grundlage für die anhängenden Rechtsstreitigkeiten (Zibechi 2003; Galafassi 2008; Svampa 2008). Daher kann die Ausweitung der Großprojekte zur Förderung von Metallen als ein paradigmatisches Beispiel für die Friktion von Territorialitäten verstanden werden (Svampa 2008; Galafassi 2008), wobei transnationale Unternehmen und Regierungen eine binäre Konzeption des Territoriums propagieren, die zwischen den Dimensionen „rentabel“ und „unrentabel“ unterscheidet. Diese Konzeption mündet in zwei zentrale Ideen: Auf der einen Seite wird ein leistungsfähiges Territorium gesetzt; auf der anderen Seite wird ein ausschöpfbares Territorium konzipiert, das in letzter Instanz zu einem verzicht- oder opferbaren Territorium wird (Svampa 2008). Diese binäre Konzeption begleitet die derzeitigen Prozesse der „Gebietsaufteilung“/„Zonierung“ (*zonificación*).

Wie Svampa feststellt, liegen die Expansion des extraktivistischen Modells und die Ausweitung seiner Grenzen den sozialen Kämpfen in Argentinien um Land und Territorium zugrunde. Diese Kämpfe werden von sozialen Umweltbewegungen geführt, die in der Tradition der Bürgerbewegungen stehen, welche sich im Zusammenhang mit der Krise und des Zusammenbruchs der Dollarbindung des Peso in den Jahren 2001 und 2002 bildeten.⁴⁰

Milliarden, ING mit 6,454 Milliarden und Dresdner Kleinwort mit 5,331 Milliarden. Ohne das Kapital dieser Banken würde die *mega-minería* in ihrer jetzigen Form nicht existieren. Deswegen sind die europäischen Investitionen, auch wenn sie oft im Hintergrund bleiben, für die Folgen und Schäden der *mega-minería* in unserer Region mit verantwortlich.

39 Für einen detaillierteren Einblick in die sozio-territorialen Transformationen in Catamarca im Zuge des Baus der Mine La Alumbra, die der erste Tagebau in Peru war, siehe Machado Araoz (2009: 205-228).

40 Juan Alberto Robles (2002) vom Instituto del Mundo del Trabajo geht davon aus, dass sich in den letzten Januartagen 2001 im gesamten Land etwa 174 selbstor-

Der Protest wurde anschließend durch die lateinamerikanischen Kleinbauern und indigenen Bewegungen potenziert und es entstanden neue Formen der Mobilisierung und Partizipation der Bevölkerung, die für den Schutz der natürlichen Ressourcen, der Biodiversität und der Umwelt eintritt. So entwickelt sich in der Region eine wachsende Landschaft von sozialen Umweltbewegungen (CIDSE 2009) und ganze Landstriche (Zibechi 2003) und territoriale Netzwerke (Svampa 2008) setzen sich gegen die *mega-minería* unter asymmetrischen Bedingungen zur Wehr. In Argentinien wurden zwischen 2003 und 2007 in sieben Provinzen (Chubut, Río Negro, Tucumán, Mendoza, La Pampa, Córdoba und San Luis) regionale Gesetze über Verbote und Restriktionen für Bergbau-Großprojekte verabschiedet. Der soziale Protest war für den Erfolg dieser Gesetzgebungsverfahren entscheidend. Tatsächlich hat sich in Argentinien mit der Unión de Asambleas Ciudadanas (UAC) im Jahr 2006 eine nationale Instanz zur Koordination der verschiedenen Protestforen gebildet. In der UAC arbeiten soziale Umweltbewegungen und Bürgerinitiativen aus den verschiedenen Teilen des Landes wie auch aus Uruguay und Chile mit diversen sozialen und territorialen Organisationen, Kunstkollektiven und alternativen Medien (Cerutti/Silva 2011) und lokalen, gegen das Entwicklungsmodell des „Extraktivismus und Exports“ (Antonelli 2009, 99) kämpfenden Organisationen zusammen.

Die UAC ist ein Netz der Territorien, ein „Rahmen für Widerstandsgewebe“ und im Zentrum ihrer Aktivität steht der Streit um das Territorium und das Gemeingut (Cerutti/Silva 2011; Scribano/Schuster 2001: 20). Da die Organisation eine Reaktion auf die „Generalisierung“ des extraktivistischen Modells ist (Svampa/Bottaro/Álvarez, 2009: 31), finden sich in

ganisierte Versammlungen (*asambleas*) bildeten, die Hälfte von diesen in der Hauptstadt Buenos Aires. In diesen Foren waren nach Schätzungen des Autors etwa 50.000 Menschen in unterschiedlichen Graden aktiv. Robles stellt fest, dass die Vitalität der *asambleas* parallel zum langsamen Rückgang der *cacerolazo*-Demonstrationen abnahm. Dennoch war es schwer vorstellbar, dass diese Versammlungen verschwinden könnten, ohne Spuren in der Gesellschaft zu hinterlassen. Im Besonderen, da die *asambleas* darauf zielten, ihre Beziehungen zu den Nachbarschaften über die Einrichtung thematisch orientierter Kommissionen zu stärken (etwa im Bereich der Kultur, Gesundheit, Presse, etc.). Ebenso setzen sie auf die Etablierung gemeinschaftlicher Aktionen (Arbeits- und Tauschbörsen, Kunstfestivals, Protestaktionen, Nachbarschaftszeitungen, etc.). In den letzten Jahren entstanden so multiple, nicht traditionelle, solidarische und politische Aktionsformen (Gemeinderäte, gemeinschaftliche Essenssäle, Solidarunterkünfte und Tauschbörsen etc.).

ihr mehr als siebzig soziale Umweltbewegungen aus Argentinien wieder,⁴¹ die sich im bereits erwähnten Kontext der rund um den Extraktivismus aufkommenden Konflikte im städtischen und ländlichen Raum bildeten.

An den Treffen, Debatten und Aktionen der UAC nehmen auch aktiv Kollektive teil, die genau wie die Bürgerversammlungen horizontal und selbstbestimmt organisiert sind. Eine Vielzahl dieser Kollektive, wie beispielsweise die Red de Acción Ecologista (Renace), Movimiento Campesino de Santiago del Estero (Mocase), Grupo de Reflexión Rural (GRR), Pañuelos en Rebelión, la Universidad Trashumante, oder Agua Manda nehmen aktiv am UAC teil. Der von allen geteilte Leitspruch ist:

NEIN ZUR AUSPLÜNDERUNG UND VERSCHMUTZUNG – JA ZUM LEBEN UND ZUR WÜRDE DER MENSCHEN

NO AL SAQUEO Y LA CONTAMINACIÓN, SÍ A LA VIDA Y LA DIGNIDAD DE LOS PUEBLOS

Im Laufe der Jahre wurde diese generelle Leitlinie durch detailliertere Rechtfertigungen für den Widerstand präzisiert (Cerutti/Silva 2011) wobei die Verteidigung des Gemeingutes und die Sicherstellung der Generationengerechtigkeit im Zentrum standen. In ihrer Mehrzahl erhielten die sozialen und ökologischen Bewegungen im Prozess der „Konstruktion von Territorialität“ eine neue Bedeutung und integrierten ein neues Verständnis des Konzeptes Territorium, das direkt in den von der *mega-minería* betroffenen Gemeinden zum „Lokus des Konfliktes“ wird (Svampa 2009: 45). Die Kartographien dieses Widerstandes sind die fleischgewordene Umkehrung, die lebendige Gegenschrift (Antonelli 2010c) des Prozesses der Über-Ökonomisierung der Welt. Sie stellen sich gegen das Muster ei-

41 Im Laufe des Jahres 2003 bildete sich das „Netz der vom Bergbau betroffenen Gemeinden“ (Red de Comunidades Afectadas por la Minería – Red CAMA). In dieses Netzwerk setzte sich aus Gruppen aus San Juan und Tucumán zusammen, hatte aber auch Mitglieder aus Catamarca, Chubut und Río Negro. (Svampa/Bottaro/Álvarez 2009: 46). 2006 wiederum erhielt der Konflikt über die Lokalisierung von Zellulosefabriken am Ufer des Río Uruguay die Aufmerksamkeit von Medien und Politik. In diesem Kontext gründete sich die Umweltorganisation Asamblea Ambientalista de Gualeguaychú, die den kollektiven und gleichen Zugang zu Wasser auf die Agenda der Proteste setzte und damit zu einer Problematisierung der Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur im Sinne Foucaults beitrug (Antonelli 2007a). Ebenso gründete sich im selben Jahr ausgehend vom Treffen der Präsidenten der MERCOSUR Staaten in Córdoba im August die Unión de Asambleas Ciudadanas (UAC), deren erstes Treffen in Colonia Caroya als eine Art „Gegengipfel“ zum MERCOSUR-Treffen stattfand. Im selben Jahr wurde das Minenprojekt Esquel der Meridian Gold Corp. durch ein Plebiszit mit 81 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (Marín 2009: 181-204).

ner Produktion und eines Konsums, das eine „in der ökologischen und kulturellen Diversität begründete globale Nachhaltigkeit“ unmöglich macht (Leff 2005: 2).

So interagiert die UAC etwa mit Gruppen in Chile, Peru und Uruguay, transnationalen Beobachternetzwerken in Lateinamerika, Aktivist/innen von Menschenrechtsorganisationen aus den Herkunftsländern des Kapitals der *mega-minería* wie etwa den USA und Kanada, sowie wissenschaftlichen Einrichtungen, etc. Das Akteursfeld, welches Antonelli als *Comunidades del No* beschreibt, zeichnet sich also durch große Heterogenität aus (Antonelli 2008; 2009). Der gemeinsame Nenner der diversen Akteur/innen ist ihre geteilte Ablehnung der *mega-minería*. Die *Comunidades del No* schließen also die sozialen und ökologischen Bewegungen und ihre regionalen Vernetzungen wie auch die Akteur/innen mit ein, die nicht im strengeren Sinn Teil einer speziellen sozialen Bewegung sind. Denn all diese Akteur/innen teilen die gleichen ethischen Werte und epistemischen Positionen und stehen für eine Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der Gefahren der *mega-minería* ein. Sie führen in ihren jeweiligen Bereichen Aktionen zur Etablierung eines kritischen Diskurses gegenüber dem Raubtier-Extraktivismus durch. An diesem Prozess sind Expert/innen, Akademiker/innen, Journalist/innen, Künstler/innen und andere beteiligt (Antonelli 2009). So greift das Konzept der *Comunidades del No* über eine territoriale Abgrenzung der jeweiligen Bewegungen hinaus und bezieht die dritten Akteur/innen – unter denen den Kulturschaffenden eine besondere Bedeutung zukommt – als zentrale Komponente mit ein (Antonelli 2011).

Auf diese Weise lässt sich der soziale Widerstand als eingebettet in das kulturelle Gemeingut kartographieren, und es kann in den Blick genommen werden, wie sich beide gegenseitig beeinflussen. Das Wirken von Künstler/innen spielt dabei eine wichtige Rolle, denn diese tragen entscheidend zu der Gestaltung einer einfachen Sprache und wirkmächtigen Zeichen des Widerstandes bei. Die Analyse der sozio-ökologischen Bewegungen und Versammlungen in Argentinien macht diesbezüglich sichtbar, wie unabhängige Kulturschaffende und Dokumentarfilmende, Theatergruppen, Bildungsinitiativen, Grafiker/innen und visuelle Künstler/innen, Kommunikator/innen, Musiker/innen und Hochschulgruppen im Widerstand gegen die *mega-minería* mitwirken. Diese Akteur/innen steuern den kulturellen Kit zu einem semi-politischen Horizont bei. Sie entwickeln eine Sprache, die hilft, die ökologischen und sozialen Probleme zu kommunizieren und den Widerstand zu legitimieren und auszuweiten. Dies geschieht ausgehend von einem Verständnis der Wertpluralität über informative, visuelle, kinematographische und andere Diskurse in denen

soziale und ökologische Rechte eingefordert werden. Dabei werden die Forderungen gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik, den Universitäten und den Medien artikuliert.

Die Forschung zu Sozialräumen (*socio-spatial studies*) bietet einen analytischen Zugang zu diesen kollektiven Praktiken und Findungsprozessen einer kommunikativen Ästhetik. Denn ihr Ansatz erlaubt es, die Macht des Raumes und die Räume der Macht über die Disziplinen und Sprachen hinweg in den Blick zu nehmen, von der Geographie bis zur Literatur und Kunst. Dabei wird den biopolitischen Prozessen besondere Relevanz zugemessen, wie etwa der Subjektivierung, die das hegemoniale Dispositiv generiert. Auf dem Weg zu einer breiten gesellschaftlichen Problematisierung der derzeitigen Konflikte sind eine breite und vielschichtige öffentliche Zirkulation der Thematik und die verschränkten Aktionen von nicht an das Territorium des Protests gebundenen dritten Akteur/innenn – wie Expert/innen, Akademiker/innen, Journalist/innen, Priester/innen etc. – zentral.⁴²

Es geht darum, die Stimmen der Anwohner/innen und Bürger/innen – ihre Erzählungen, Aussagen und Beweise – sichtbar und hörbar zu machen. So lassen sich das kritische Feld und seine Argumente in der öffentliche Agenda stärken und vor allem kann so zur Konsolidierung von Zukunftsentwürfen beigetragen werden, die sich gegen die *Ratio des Extraktivismus* und die technokratischen Märkte stellen und einen Horizont der Werteppluralität entwerfen.

Aus dem Spanischen von Martin Breuer

42 Foucault hat den Begriff der „Problematisierung des Sozialen“ als Kategorie eingeführt, die sich auf das Aufkommen oder den Durchbruch einer sozialen Problematik in einem Netz von Diskursen und Institutionen bezieht. Es geht also um das „in den Diskurs setzen“ dieser Problematik, indem sie in bestimmten sozialen Räumen zirkuliert und Eingang in die Beziehungen der Macht findet, um in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden zu können (Foucault 1990b). Die dritten Akteur/innen, die den Raum der sozialen und ökologischen Bewegungen erweitern, sind entscheidend, um eine Umkehrung der Asymmetrie zwischen Subjekten und sozialen Diskursen erreichen zu können. Sie sind entscheidend dafür, dass die sozialen und ökologischen Auswirkungen der *mega-minería* in einen Prozess der „sozialen Problematisierung“ eintreten können, indem sie Stimmen und Narrative der Bevölkerung autorisieren und den von der *mega-minería* kooptierten Experte/innen und Institutionen ihre Legitimität streitig machen.

Literatur

- Acosta, Alberto: La maldición de la abundancia, Quito, Ecuador, Comité Ecuaméxico de Proyectos CEP, Ediciones Abya-Ayala, September, 2009.
- Aguilar, Paula/Ceceña, Ana Esther/Motto Carlos: „Territorialidad de la dominación: La Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana (IIRSA)”, Observatorio Latinoamericano de Geopolítica. Buenos Aires, Argentina, 2007.
- Alerta Argentina: Segundo Informe sobre los Derechos Humanos en la Argentina, 2005. Link: www.maristellasvampa.net/archivos/ddhh03.pdf, letzter Zugriff: 15.11.2014.
- Alvarneque, Iván/Rodríguez, Mara: „Las espacialidades abiertas de América Latina, Especialización en Educación en Ambiente para el Desarrollo Sustentable, Escuela Pedagógica y Sindical „Marina Viste”, CTERA, Univ. Nac. del Comahue, unveröffentlichte Abschlussarbeit, 2006.
- Alvear, Julio César: „Think Tanks en la producción, promoción implementación de ideas y políticas públicas neoliberales en Colombia”, Hrsg. Mato, Daniel/Maldonado Fermín, Alejandro, Cultura y Transformaciones sociales en tiempos de globalización. Perspectivas latinoamericanas. April 2007, http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/campus/mato/Alvear_C.pdf (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Antonelli, Mirta A.: „La Esperanza hegemónica: narrativas utópicas y cartografías del ‘desarrollo’. Imaginarios de comunidad, sociedad y ambiente posibles”, Facultad de Filosofía y Humanidades, V Jornadas Encuentro Interdisciplinario La investigación en las Ciencias Sociales, las Humanidades y el Arte en Córdoba Jornadas CD, 2007a.
- dies.: „El discurso de la ‚Minería responsable y el desarrollo sustentable’: notas locales para deconstruir políticas que nos hablan en una lengua global”, Al Filo, Revista electrónica, 3, 20, Facultad de Filosofía y Humanidades, Octubre-noviembre de 2007 Universidad Nacional de Córdoba, 2007b, www.ffyh.unc.edu.ar/alfilo, letzter Zugriff: 15.11.2014.
- dies.: „Estrategias corporativas de fabricación del crédito social. A propósito del Premio OLAMI a Minería Bajo La Alumbra”, Vortrag beim IX Encuentro Nacional de Estudiantes de Geografía-Córdoba, 1.-6. Oktober 2008.
- dies.: „La gestión del paradigma hegemónico de la ‚minería responsable’ y el ‚desarrollo sustentable’”, Hrsg. Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, Buenos Aires, Biblos, 2009, S. 51-102.
- dies.: „Vivir en la corteza. Notas en torno a intersubjetividad y mega-minería como modelo de ocupación territorial”, Hrsg. Centro de Investigación y Formación de los Movimientos Sociales Latinoamericanos Resistencias Populares a la Recolonización del Continente, Ed. América Libre, Buenos Aires, 2010a.
- dies.: „Mega-minería transnacional y riqueza bruta. Invención de un paradigma y continuidades del principio de acumulación”, Puente a Europa, Università di Bologna, Representación en Buenos Aires, Año VIII, Nº 2, diciembre 2010b, S. 52-62, <http://www.aldeah.org/es/mega-mineria-transnacional-y-riqueza-bruta-invencion-de-un-paradigma-y-continuidades-del-principio-d> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- dies.: „(Geo)grafías en construcción, neomapas para desarmar”, Arena, Revista de Ciencias Sociales y Humanas, Edición Año 2, Número 1, Estética y Política en tiempos globales, Doctorado en Ciencias Humanas, Universidad Nacional de Catamarca, 2010c, <http://www.huma.unca.edu.ar/revistarena/> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- dies.: „Construcción de saberes, interculturalidad y disputas por lo público. Los bienes comunes”, Hrsg. Liendo, María C./Gramaglia, Paula, Intersticios de la política y la cultura latinoamericana: los movimientos sociales. <http://publicaciones.ffyh.unc.edu.ar/index.php/filolat> (letzter Zugriff: 14.11.2014).

- Arias Toledo, María Eugenia: „IRSA: lógicas de interconexión, lógicas interconectadas”, Hrsg. Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, Buenos Aires, Biblos, 2009, S. 103-119.
- Bebbington, Anthony Hrsg.: Minería, movimientos sociales y respuestas campesinas, Lima, Instituto de Estudios Peruanos-Centro Peruano de Estudios Sociales, 2007.
- Bridge, Gavin: „Mapping the bonanza: Geographies of mining investment in an era of neo-liberal reform”, *The Professional Geographer*, 56(3), 2004. zitiert nach CIDSE, 2009.
- Cerutti, Débora/Silva María Pía: „Los condicionantes emergentes del surgimiento de la UAC (Unión de Asambleas Ciudadanas) y su anclaje en el escenario de Córdoba. Del 2006 a la actualidad”, *Jornadas de Historia de Córdoba*, Centro de Investigaciones Facultad de Filosofía y Humanidades, Universidad Nacional de Córdoba, 18 al 20 de mayo 2011. Mimeo, 2011.
- CIDSE Hrsg: América Latina: Riqueza privada, pobreza pública, Quito, co-edición CIDSE-ALAI, 2009, S. 247.
- Chaparro Ávila, Eduardo: „Actualización de la compilación de leyes mineras de catorce países de América Latina y el Caribe”, Hrsg. CEPAL, Serie Recursos Naturales e Infraestructura, N° 43, Santiago de Chile, 2002, <http://www.cepal.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/6/10756/P10756.xml&xsl=/drni/tpl/p9f.xsl&base=/mujer/tpl/top-bottom-estadistica.xslt> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Colectivo Voces de Alerta: „15 Mitos de la Megaminería Transnacional, Montevideo”, Librería de Humanidades Kronopios de la Mancha. Elaborado por Machado Araoz, H./Svampa, M./Giraud, M./Wagner, L./Antonelli, M./Giarraca N./Teubal, M, 2011.
- Escobar, Arturo: „Una Minga para el postdesarrollo”, *América Latina en Movimiento*, ALAI, 26-30. Juni, 2009.
- ders.: „El post-desarrollo como concepto y práctica social”, Hrsg. Mato, Daniel, Políticas de Economía, ambiente y sociedad en tiempos de globalización, Caracas, Facultad de Ciencias Económicas y Sociales, Universidad Central de Venezuela, 2005, S.17-31.
- Festus, Iyaye.: „Deuda ecológica y corporaciones transnacionales en África”, Departamento de Administración Empresarial, Universidad de Benin, Benin City, Nigeria , 1.12.2005 <http://www.cosmovisiones.com/DeudaEcologica/benin/iyayi01esp.html> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Foucault, Michel: *Historia de la sexualidad*, 1 El uso de los placeres, Buenos Aires, Siglo XXI, 1990.
- ders.: „Espace, savoir et pouvoir”, ders. *Dits et écrits Vol IV* (París: Gallimard, 1994), 1982, S. 270-285.
- ders.: „Seguridad, territorio, población, Curso en el Collège de France 1977-1978”, Buenos Aires, Fondo de Cultura Económica, 2006 (1. Auflage 2004).
- Jones, Jorge Patricio: „Cuál es la clave para mantener alto el precio del oro”, Conferencia, Presidente Depromnisa, San Juan, Argentina VI edición, 29.-30. November, 2006, <http://www.panoramaminero.com.ar/SemanalORO2.htm> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Galafassi, Guido: „Una mirada crítica sobre los modelos de acumulación y desarrollo, la ocupación del territorio y la explotación de los recursos. El nuevo despojo en la Patagonia Andina. La lucha de la comunidad mapuche Pillan Mahuiza y de decenas de campesinos por sus tierras”, 2008. http://theomai.unq.edu.ar/Theomai_Patagonia/index.htm (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Galafassi, Guido/Dimitriu, Andrés: „El plan ‚B’ de los capitales mineros”, 2007. http://theomai.unq.edu.ar/Theomai_Patagonia/index.htm (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Gudynas, Eduardo: „Diez Tesis Urgentes sobre el Nuevo Extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual”, AAVV 2009 Extractivismo, política y sociedad, CAAP (Centro Andino de Acción Popular) y CLAES (Centro Latinoamericano de Ecología Social). Quito, Ecuador. November 2009, S.187-225.

- Harvey, David: El nuevo imperialismo: Acumulación por desposesión, Socialist Register, 2004.
- ICMM, International Council on Mining and Metals Hrsg.: „Good Practice Guidance for Mining and Biodiversity”, 2006, <http://www.icmm.com/document/13> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- IIED, International Institute for Environment and Development Hrsg.: „Final Report: Breaking New Ground: Mining, Minerals and Sustainable Development”, Mining, Minerals and Sustainable Development Project, 2002a, <http://www.iied.org/mmsd-final-report> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- dass. „Global Report on Artisanal & Small Scale Mining”, 2002b, Mining, Minerals and Sustainable Development Project, <http://pubs.iied.org/pdfs/G00723.pdf> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Koselleck, „Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten”, Frankfurt: Suhrkamp, 1988.
- Leff, Enrique: „La geopolítica de la biodiversidad y el desarrollo sustentable. Economización del mundo, racionalidad ambiental y reapropiación social de la naturaleza”, Hrsg. OSAL, Observatorio Social de América Latina, año VI, no. 17. CLACSO Argentina, 2005. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal17/dleff.pdf> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Lewkowicz, Ignacio: „Del ciudadano al consumidor. La migración del soberano”, ders. Pensar sin Estado. La subjetividad en la era de la fluidez, Buenos Aires, Paidós, 2006, S. 19-39.
- Lyons, David Etica y derecho, Barcelona, Ariel, 1989.
- Machado Aráoz, Horacio: „Minería transnacional, conflictos socioterritoriales y nuevas dinámicas expropiatorias. El caso de Minera Alumbrera”, Hrsg. Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, Buenos Aires, Biblos, 2009, S. 205-228.
- Mançano Fernandes, Bernardo.: „Movimentos socioterritoriais e movimentos socioespaciais. Contribuição teórica para uma leitura geográfica dos movimentos sociais”, OSAL, AÑO VI, Nº 16, Januar-April, 2005, S. 273-283
- Marín, Marcela Cecilia: „El 'no a la mina' de Esquel como acontecimiento: otro mundo posible”, Hrsg. Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, Buenos Aires, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, Buenos Aires, Biblos, 2009, S. 181-204
- Mato, Daniel: „Políticas de economía, ambiente y sociedad en tiempos de globalización”, Caracas, Facultad de Ciencias Económicas y Sociales, Universidad Central de Venezuela, 2005, S. 131-153.
- ders.: „THINK TANKS, fundaciones y profesionales en la promoción de ideas (neo) liberales en América Latina”, Hrsg. Grison, Alejandro, Cultura y Neoliberalismo, CLACSO. Buenos Aires. Juli 2007, http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/grim_cult/Mato.pdf (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Minerales Desarrollo Sustentable en América del Sur (MMD) (Equipo América del Sur) Hrsg: Minería, 2002 Coeditado por CIPMA Centro de Investigación y Planificación del Medio Ambiente, CIPMA y Centro Internacional de Investigaciones para el Desarrollo, IDRC-, Iniciativa de Investigación sobre Políticas Mineras, IIPM, http://www.academia.edu/867238/Miner%C3%ADa_Minerales_y_Desarrollo_Sustentable_en_América_del_Sur (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Nun, José: „Populismo, representación y menemismo”, Hrsg. Borón, Atilio/Portaniero, Juan Carlos/Sidicaro, Ricardo/Mora, Manuel Araujo y, Peronismo y menemismo, Avatares del populismo en la Argentina, 1995, S. 67-100.

(Geo)Graphien transnationaler mega-minería

- Robilliard, César Polo: „Los ejes centrales para el desarrollo de una minería sostenible”, Hrsg. CEPAL, serie Recursos Naturales e Infraestructura, N° 197, Mai, 2006.
- Robles, Juan Alberto: Boletín del Instituto del Mundo del trabajo, 2002.
- Rodríguez Pardo, Javier: „Un año de conflictos mineros”, El País, Opinión, 4. Februar 2010, <http://www.noalamina.org/component/k2/item/3591-un-ano-de-conflictos-mineros> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Sánchez Albavera, Fernando: „El desarrollo productivo basado en la explotación de recursos naturales”, Hrsg. CEPAL, Serie Recursos Naturales e Infraestructuras, N° 86, Dezember, 2004.
- Seoane, José: „Movimientos sociales y recursos naturales en América Latina: resistencias al neoliberalismo, configuración de alternativas” OSAL. N°37, 2005, <http://www.clacso.org.ar/clacso/.../revista-osal-no-37> (letzter Zugriff: 14.11.2014).
- Scribano, Adrián/Schuster, Federico: „Protesta Social en la Argentina de 2001: entre la normalidad y la ruptura” Revista OSAL No. 5. CLACSO Argentina, 2001, www.clacso.org.ar/clacso/.../revista-osal-no-5, letzter Zugriff: 14.11.2014.
- Sousa Santos, Boaventura de: „Más allá de la gobernanza neoliberal: el Foro Social Mundial como legalidad y política cosmopolitas subalternas”, Hrsg. Sousa Santos, Boaventura de/Garavito, César Augusto Rodríguez, El derecho y la globalización desde abajo. Hacia una legalidad cosmopolita, México: Anthropos, 2006.
- Svampa, Maristella: „La disputa por el desarrollo: territorios y lenguajes de valoración”, en: Cambio de época. Movimientos sociales y poder político, Buenos Aires: Siglo XXI, 2008, S. 93-114.
- Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A.: „Hacia una discusión sobre la megaminería a cielo abierto”, Hrsg. Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, 2009, S. 15-29.
- Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A. Hrsg.: Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, Buenos Aires, Biblos, 2009.
- Svampa, Maristella/Bottaro, Lorena/Sola Álvarez, Marian: „La problemática de la minería metálfera a cielo abierto: modelo de desarrollo, territorio y discursos dominantes”, Hrsg. Svampa, Maristella/Antonelli, Mirta A., Minería Transnacional, Narrativas del desarrollo y resistencias sociales, 2009, S. 29-46.
- Taddei, Emilio/Seoane, José/Algranati, Carlos: „Minería Transnacional y Resistencias Sociales en Africa y América Latina”, Publicación de Diálogo De Los Pueblos y Grupo de Estudios sobre América Latina y el Caribe (GEAL), 2011.
- Zibechi, Raúl: „Los movimientos sociales latinoamericanos: tendencias y desafíos”, OSAL, enero 2003, S. 183-188.

Internetseiten

- <http://www.icmm.com/members.php>, letzter Zugriff 14.11.2014.
- <http://www.cytcd.org/>, letzter Zugriff 14.11.2014.
- http://www.miningwatch.ca/en/country_categories, letzter Zugriff 14.11.2014.
- <http://asgmi.igme.es/default.htm>, letzter Zugriff 14.11.2014.
- <http://rema.codigosur.net/>, letzter Zugriff 14.11.2014.
- <http://www.prensa.argentina.ar/2011/05/27/20003-la-unasur-formula-estrategias-para-proteger-los-recursos-naturales-de-la-region.php>, letzter Zugriff 14.11.2014.
- <http://lavaca.org/notas/soja-mineria-y-derechos-humanos>, letzter Zugriff 14.11.2014.

(Geo)Graphien transnationaler mega-minería